

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 7

Erscheint **Samstags**. **Zusatzpreis** vierteljährlich 150.— **Mit. ohne Postbestellgebühr**. **Nur Postbezug**. **Befreiung bei allen Postanlässen**.

Berlin, den 11. Februar 1923

Verlagsstelle: Berlin O. 2, **Reinischstr. 8/IV**.
 Fernruf: **Zentrum 272**.
 Abbestellen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Am 11. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des öfteren daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, klebe man sie nach.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Höhe der Beiträge ist nach den Beschlüssen des Verbandstages und des Beirates den jeweiligen Stundenlöhnen anzugleichen. Nach jeder erfolgten Neuregelung der reichstarriflichen Löhne soll auch eine erhöhte Beitragsleistung der Mitglieder eintreten.

Um das zu erreichen, muß unter Zugrundelegung der für die zweite Hälfte des Monats Februar geltenden neuen Lohnsätze von der achten Beitragswoche ab — das ist die Woche vom 18. bis 24. Februar — dem höheren Verdienst entsprechend wiederum ein Aufrücken aller Mitglieder in höhere Beitragsklassen erfolgen.

Stundenlöhne unter 113 Mt. sind nach den geltenden Tarifen nirgendes mehr zulässig. Die 1., 2. und 3. Beitragsklasse wird daher vom 14. Februar ab aufgehoben.

Der wöchentlich im voraus zu entrichtende Beitrag beträgt:

In Beitragsklasse	Bei einem Stundenlohn p. Woche Mt.	Beitrag Mt.	In Beitragsklasse	Bei einem Stundenlohn p. Woche Mt.	Beitrag Mt.
4	über 100—125	90	23	über 575—600	510
5	125—150	110	24	600—625	535
6	150—175	130	25	625—650	560
7	175—200	155	26	650—675	585
8	200—225	180	27	675—700	610
9	225—250	215	28	700—725	635
10	250—275	235	29	725—750	660
11	275—300	255	30	750—775	685
12	300—325	275	31	775—800	715
13	325—350	295	32	800—825	745
14	350—375	315	33	825—850	775
15	375—400	335	34	850—875	805
16	400—425	355	35	875—900	835
17	425—450	375	36	900—925	865
18	450—475	395	37	925—950	895
19	475—500	415	38	950—975	925
20	500—525	435	39	975—1000	955
21	525—550	460	40	1000—1025	985
22	550—575	485			

Die Gau- und Ortsverwaltungen haben, entsprechend den in den Reichstarrifen für den Ort festgelegten höheren Lohnsätzen, bestimmte Beitragsklassen für männliche und weibliche Mitglieder festzusetzen, in die dann vom 18. Februar ab alle Mitglieder am Ort aufrücken müssen. Für solche Mitglieder, die in der Regel einen höheren als den für den Ort geltenden tariflichen Lohn erzielen (Arbeiter), sind an jedem Ort eine oder zwei über diesen Lohnsatz hinausgehende Beitragsklassen zu bestimmen.

Für männliche Handwerksehrliche beträgt der Wochenbeitrag in der Beihilfsklasse 5 Mark.

In der Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung tritt eine Änderung nicht ein. Für alle von der neunten Klasse an aufwärts steuernden Mitglieder ist diese obligatorisch, wofür je 15 Mt. in die Beitragsfüße eingerechnet sind.

Doppelt organisierte Mitglieder, denen vom Verbandsvorstand die Beitragsleistung in der niedrigsten Klasse zusätzlich dem Invalidenbeitrag zugestanden ist, haben vom 18. Februar ab als Beitrag den Satz der 4. Beitragsklasse und 15 Mt. Invalidenbeitrag, zusammen also 105 Mt., wöchentlich zu zahlen.

2. Das Eintrittsgeld beträgt vom 18. Februar ab in der 4. und 5. Beitragsklasse 50 Mt., in der 6. bis 10. Beitragsklasse 75 Mt., in der 11. bis 20. Beitragsklasse 150 Mt., in der 21. bis 30. Beitragsklasse 250 Mt. und in der 31. bis 40. Beitragsklasse 350 Mt.

Wiederholt Eintretende, die wegen Resten gestrichen wurden, haben doppeltes Eintrittsgeld zu entrichten.

3. Erfahrkarten oder -bücher werden nur vom Verbandsvorstand ausgestellt. Für eine Erfahrkarte sind 100 Mt. und für ein Erfahrbuch 200 Mt. zu entrichten.

4. Quittungsmarken. Die bisher im Gebrauch befindlichen Marken sind weiter zu verwenden. Es werden vorläufig für weitere 12 Klassen, also bis zur 32. Beitragsklasse, eine Anzahl Marken an die Kassierer der Zahlstellen und Gauen versandt. Bei weiterem Bedarf können solche jederzeit nachgefordert werden.

Quittungsmarken der 1., 2. und 3. Beitragsklasse dürfen nach dem 18. Februar nicht mehr ausgegeben werden. Die davon noch vorhandenen Bestände sind an die Verbandskasse einzufenden.

Für doppelt organisierte Mitglieder sind die bisherigen Marken weiter zu verwenden, jedoch von der achten Woche ab zu dem von da ab geltenden höheren Beitragsfuß.

5. Für die Berechnung der Grundlagen zum Bezug von Unterstufungen sind vorläufig noch die in unseren Bekanntmachungen in Nr. 52 und in Nr. 1 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Uebergangsbestimmungen maßgebend. Sobald nach dem 1. Januar d. J. mindestens acht neue Beiträge geleistet sind, ist bei eintretendem Unterstufungsfall die Unterstufung nach den Sätzen derjenigen Beitragsklasse zu berechnen, in die das betreffende Mitglied vor dem zuletzt erfolgten Aufrücken steuernde.

6. Umzugs- und Hinterbliebenenunterstützung wird vom 18. Februar ab nur den Mitgliedern gewährt, die in der 15. oder in einer höheren Beitragsklasse steuern. Für den Bezug dieser Unterstufungen kommen nur solche Beiträge in Anrechnung, die vor dem 1. Januar 1923 in der damaligen 4., 5., 6. oder 7. Beitragsklasse und nachher in einer dafür in Betracht kommenden höheren Klasse geleistet sind.

7. Die Sozialbeiträge sind in den nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Die zur Erhebung kommenden Beiträge werden von den Zahlstellenverwaltungen den Mitgliedern in geeigneter Weise bekanntgegeben:

Arnstadt, Bernburg, Crimmitschau, Dessau, Eisenach, Heilbrunn, Koburg, Köln, Lübeck, Neustadt, Neuwied, Nürnberg-Fürth, Rudolfstadt, Ruffingen-Wilhelmshafen, Schleiz, Wismar, Zell, Gau Rheinland links des Rheins, Einzelmitglieder.
 Der Verbandsvorstand.

Neuregelung der Beiträge.

Durch die Beschlüsse des Beirates vom 15. bis 17. Dezember 1922 haben die Beiträge und Unterstufungen eine Neuregelung erfahren. Die Beiträge sollten in Angleichung an die bei dem jeweiligen Lohnabkommen vereinbarten Stundenlöhne festgelegt werden und in der Regel vier Wochen nach der Lohnerböhung in Kraft treten. Bei den durch die ungeheuer fortschreitende Geldentwertung in rascher Folge sich notwendig machenden Lohnerböhung sind die vom Beirat gefassten Beschlüsse teilweise unhaltbar geworden. Der Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, die Beiträge ohne Einhaltung der vierwöchentlichen Frist unmittelbar anschließend an die jeweils stattfindenden Lohnerböhung den Stundenlöhnen anzugleichen, und zwar in der Art, daß von Beitragsklasse 21 ab von 10 zu 10 weiteren Klassen sich der Beitrag um 5 Mt. steigert. Es soll damit erreicht werden, daß der Abstand vom Lohn zum Beitrag verkleinert wird und damit so nach und nach zunächst der tatsächliche Stundenlohn als Beitrag für die Verbandskasse erhoben wird. Hand in Hand damit geht natürlich eine entsprechende Erhöhung der Unterstufungen.

Bei der schnellen Änderung der Beitragsfüße ist es aus rein verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich, einen Wechsel in den Marken vorzunehmen. Die neu zur Ausgabe kommenden Beitragsmarken tragen wie bisher die Nummer der Klasse, deren Wert sie repräsentieren. Aus den gleichen Gründen mußte auch davon abgesehen werden, die für die Invalidenunterstützung jeweils in Frage kommenden Beitragsklassen besonders zu benennen. Es werden damit dann allerdings alle Mitglieder so nach und nach in die Invalidenunterstützung mit einbezogen. Was der letzte Verbandstag glaubte nur fakultativ für die weiblichen Mitglieder zulassen zu sollen, wird nun, gedrängt durch die Verhältnisse, zwangsläufig zum Obligatorium für alle Mitglieder, und ist damit das seit Jahren gestellte Verlangen, die weiblichen Mitglieder in die Invalidenunterstützung mit einzubeziehen, zur Wirklichkeit geworden. Wollen wir hoffen und wünschen, daß mit dieser durch die Zeitumstände nicht mehr zu umgehenden Ausdehnung dieses Unterstufungszweiges auf die weiblichen Mitglieder ein weiteres starkes Bindemittel für den Verband gegeben ist.

Bezüglich der „Buchbinder-Zeitung“ sind noch Erwägungen im Gange, ob es sich ermöglichen läßt, die gefassten Beschlüsse aufrechtzuerhalten, oder ob eine Abänderung derselben notwendig wird. Die gewaltige Steigerung der Papierpreise und der Druckkosten wird eine Ausgabe für die ersten Nummern im Februar von 35—40 Mt. pro Exemplar bringen. Ob die Belastung selbst bei den gesteigerten Beiträgen tragbar sein wird, muß noch dahingestellt bleiben.

Der Verbandsvorstand.

Zwischenzeitliches „Api“-Lohnabkommen.

Wie unsere Mitglieder aus der Notiz in der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ ersahen haben, hatte sich der Verbandsvorstand veranlaßt gesehen, infolge der katastrophalen Geldentwertung an den Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen das Ersuchen zu richten, eine Abänderung des am 18. Januar in Berlin gezeichneten Lohnabkommens eintreten zu lassen. Da der „Api“ sich aus einer Reihe von Unterverbänden zusammensetzt, war die Geschäftsleitung des „Api“ genötigt, erst bei diesen anzufragen, ob sie zu einer Abänderung bereit wären. Die Zustimmung der einzelnen Verbände zu dem von uns gestellten Ansuchen scheint in nur sehr be-

dingter Form der Geschäftsleitung gegenüber ausgesprochen worden zu sein, denn eigentliche Verhandlungen kamen nicht zustande, wohl aber wurde die Geschäftsleitung zusammen mit einigen Berliner Herren ermächtigt, ein kleines Entgegenkommen zu zeigen. Von unserer Seite wurde angefaßt dieser Situation für die Lohnwoche vom 1. bis 7. Februar eine Neuregelung der Löhne verlangt. Die am 9. Februar in Weimar stattfindenden Lohnverhandlungen sollten dann die Löhne festsetzen mit Geltung vom 8. Februar ab, wie es bereits bei den letzten Verhandlungen in Berlin in Aussicht genommen worden war. Die Unternehmer wollten hingegen bei ihrem Entgegenkommen die Ermächtigung geben lassen bis zum 14. Februar. Darauf konnten natürlich unsere Unterhändler nicht eingehen und tam endlich eine

Bereinbarung zustande, nach der die für die Zeit vom 1. bis 14. Februar vorgesehenen Löhne für die Woche vom 1. bis 7. Februar um 10 Proz. erhöht wurden. Die sich dabei ergebenden Pfennigbeträge wurden nach oben bzw. nach unten auf volle Mark abgerundet. Angesichts der gewaltig gestiegenen Lebenshaltungskosten ist der sich dabei ergebende Lohn völlig ungenügend und die Herren Unternehmer müssen sich bei den kommenden Verhandlungen in Weimar schon auf viel weitgehendere Lohnerhöhungen gefaßt machen, soll die Arbeiterschaft ihrer Betriebe überhaupt noch arbeitsfähig bleiben.

Nach dieser zwischenzeitlichen Lohnregelung treten nimmere an Stelle der für den 1. Februar 1923 vorgesehenen tariflichen Stundenlöhne folgende Lohnsätze in Kraft:

Für Buchbindereien, Buchdruckereien, Geschäftsbücherfabr. usw.

	Drittklasse					
	I	II	III	IV	V	VI
I. Ledige Schiffsleute:						
a) Im 1. Schiffsjahr	358	346	327	311	302	287
b) " 2. "	438	421	402	386	368	351
c) " 3. "	477	460	441	426	406	388
d) " 4. "	507	492	472	454	436	414
e) Nach dem 4. Schiffsjahr	542	524	503	485	465	441
f) Nach dem 4. Schiffsjahr und über 24 Jahre alt	575	555	535	513	495	470
II. Verheiratete Schiffsleute:						
a) Im 3. Schiffsjahr	544	520	507	485	465	443
b) " 4. "	553	536	514	497	474	452
c) Nach dem 4. Schiffsjahr	580	562	553	524	501	476
d) Nach dem 4. Schiffsjahr und über 24 Jahre alt	607	589	565	546	522	497
III. Arbeiterinnen:						
1. Unter 16 Jahren:						
a) im 1. Berufsjahr	164	156	147	141	134	128
b) " 2. "	206	189	178	164	158	150
2. Ungeheute über 16 Jahre:						
a) im 1. Halbjahr	204	186	175	165	155	147
b) " 2. "	256	238	223	215	205	190
3. Arbeiterinnen über 16 Jahre: die mindestens 1 Jahr in gleichartigen Betrieben tätig waren, gelten als geübte und erhalten:						
a) Im 1. Jahr in dieser Gruppe	294	275	257	250	233	224
b) " 2. "	328	305	292	279	267	252
c) nach dem 2. Jahr in dieser Gruppe	364	352	334	324	310	295

Affordarbeit.

Der prozentuale Zuschlag zu den im Reichsaffordtarif festgelegten Grundlöhnen beträgt vom 1. Februar 1923 ab
 statt 12 2/3 Prozent 13 4/5 Prozent.

Für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie.

	Drittklasse			
	I	II	III	IV
I. Angelernte Facharbeiter:				
1. Ledige Arbeiter:				
a) Im Alter von 17 bis 19 Jahren	341	330	310	298
b) " " 19 " 20 "	415	399	380	366
c) " " 20 " 21 "	479	459	440	424
d) " " 21 " 24 "	520	499	481	463
e) " " über 24 "	568	541	520	501
2. Verheiratete Arbeiter:				
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	536	517	492	478
c) " " 20 " 21 "	542	522	499	484
d) " " 21 " 24 "	580	553	533	510
e) " " über 24 "	607	577	553	534
II. Ungelehrte Arbeiter:				
1. Ledige Arbeiter:				
a) Im Alter von 14 bis 16 Jahren	204	190	178	164
b) " " 16 " 18 "	256	243	228	217
c) " " 18 " 19 "	303	289	274	263
d) " " 19 " 20 "	348	337	320	306
e) " " 20 " 21 "	393	380	364	354
f) " " über 21 "	441	427	411	397
g) Im Alter von über 21 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	479	464	445	429
h) Im Alter von über 24 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	515	498	480	460
2. Verheiratete Arbeiter:				
d) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	501	486	467	451
e) " " 20 " 21 "	516	498	480	460
f) " " über 21 "	520	504	483	464
g) Im Alter von über 21 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	538	519	505	482
h) Im Alter von über 24 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	553	533	518	499

Zur Befegung des Ruhrgebietes.

Ein gewerkschaftlicher Appell an Amerika.

Am 1. Februar traten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaft), des Gewerkschaftsrings (Hirsch-Duncker) und des Allgemeinen freien Arbeiterbundes zu einer Sitzung zusammen, um zu der augenblicklichen Lage und den für die nächste Zukunft drohenden Gefahren Stellung zu nehmen. Sie beschloßen, folgende Kundgebung sofort ergehen zu lassen:

An den Senat der Vereinigten Staaten und des Repräsentantenhauses, Washington.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände, die 12 Millionen Mitglieder vertreten, mit ihren Angehörigen also mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung darstellen, erklären erneut, daß sie, gestützt auf das amerikanische positive Vorgespräch, völlige Gerechtigkeit watten zu lassen, Deutschland von der Autokratie zur Demokratie führen, sich dem Gebot völliger Entwaffnung fügen, und dem Verlangen für Frieden und internationale Versöhnung zu wirken, rücksichtslos Ausdruck geben.

Der Deutsche liebt die friedliche Arbeit, aber er widersteht sich ebenso sehr der Absicht, ihn für unbegrenzte Zeiten zum Sklaven zu machen, oder gar die kommenden Geschlechter seines Volkes einem System wirtschaftlicher Knechtschaft auszuliefern. Die Befegung des Ruhrbezirks und der Versailler Vertrag bedingen jedoch solche Sklaverei, zerstören die deutsche und die euro-

päische Wirtschaft und bedrohen zunächst Millionen Deutsche mit Arbeitslosigkeit.

Eine unparteiische, genügend bevollmächtigte Untersuchungskommission wird dieses feststellen können, außerdem aber noch, daß jetzt mitten im Frieden Männer und Frauen, alte und junge, verhaftet und aus ihrer Heimat ausgewiesen werden, nur weil sie sich weigern, zu Verrätern an ihrem Vaterland zu werden. Wir sind bereits zu einem Volk herabgedrückt worden, das chronisch hungert, dessen Säuglinge in Papier halt in Weinenwindeln gewickelt werden, dessen Frauen und Kinder körperlich verelenden und verkommen.

Dieser Appell soll kein Versuch sein, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der anderen sich gegenüberstehenden Parteien einzunehmen. Es ist ein Appell an das amerikanische Ehrgefühl und an seinen Sinn für „fair play“. Amerika, wir sind fest überzeugt, trat nicht in den Krieg, um das deutsche Volk zu vernichten. Der amerikanische Ehrenstandpunkt, wenn er auch jetzt fest behauptet wird, kann Europa und die Welt retten von sonst unvermeidlichem Unglück.

Die letzten Maßnahmen der Franzosen, insbesondere die systematische Unterbindung der Kohlenzufuhr, werden sich wahrscheinlich bald hart auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Schon heute befinden sich mehr als neun Zehntel der deutschen Bevölkerung in einer unerträglichen Notlage. Neue Arbeitslosigkeit muß eintreten, wenn Frankreich weiter fortfährt u. a. die Kohlenlieferung systematisch zu unterbinden. Trotzdem muß kaltes Blut bewahrt werden.

Rationalistische und kommunistische Wirrköpfe dürfen nicht zu Ratgebern der Masse werden. Jedes

gewalttätige Vorgehen wäre ein Schritt zum Selbstmord, zum völligen Untergang unseres Volkstums. Durch äußerste Zurückhaltung müssen wir bestrebt sein, den günstigen Eindruck, den die Haltung des deutschen Volkes auf das Ausland bisher gemacht hat, auch weiter aufrechtzuerhalten. Der passive Widerstand, den Deutschland leistet, muß aber Unterstützung vom Ausland finden.

Deutschland hat 1918 auf Grund der von Amerika aufgestellten Bedingungen die Waffen gestreckt. Diese Tatsache gibt der deutschen Arbeiterschaft das Recht, nachdem die Entwicklung der Verhältnisse auf die Spitze getrieben ist, dem amerikanischen Volke zuzurufen, daß sich die deutsche Bevölkerung in einem unbeschreiblichen Elend befindet, dem ganz Europa zusteuern muß, wenn nicht Einhalt geboten wird. Auch Amerika trägt Verantwortung für die Zustände, unter denen heute die Arbeiter Deutschlands, und nicht nur Deutschlands, bitter leiden müssen. Daher tun die deutschen Gewerkschaften nur ihre Pflicht, wenn sie jetzt an das amerikanische Volk den Appell richten, die deutsche Arbeiterklasse — denn um derer Leid handelt es sich bei allem, was geschah und was noch geschehen mag — nicht im Stich zu lassen. Die Gewerkschaften hoffen, daß das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes dem Appell der deutschen Arbeiter den Nachdruck verleihen wird, der notwendig ist, um endlich der Barmut zum Siege in der Welt zu verhelfen."

Ein Protest der belgischen Arbeiter.

Im Brüsseler „Peuple“ wird ein Aufruf des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei und der

Gewerkschaftskommission Belgiens veröffentlicht, der folgendermaßen lautet:

„Warum stehen unsere Soldaten an der Ruhr? — Um Deutschland zu zwingen, Zahlungen zu leisten, erwidert man uns. Gewiß, alle wünschen, daß Deutschland das wiederherstellt, was es vernichtet hat. Aber wer kann davon überzeugt sein, daß Gewaltanwendung und Zwang uns diese berechtigten und notwendigen Zahlungen sichern? Im Verlauf von vier Jahren hat diese Methode fast keine Ergebnisse gezeigt; soll sie nun fortgesetzt werden? Die Schuld Deutschlands, zuerst auf 250 Milliarden festgesetzt, wurde danach auf 132 Milliarden reduziert. Jetzt spricht man von ihrer Herabsetzung auf 50 Milliarden. Die Regierungen haben die Bevölkerung betrogen. Seit dem Waffenstillstand bis zum 1. Mai 1922 hat Deutschland in bar und Sachlieferungen 4 1/2 Milliarden Goldmark bezahlt. Während desselben Zeitraumes hat die Unterhaltung der Besatzungstruppen 3 Milliarden 160 Millionen gekostet. Das ist der beste Beweis, daß diese Politik ergebnislos ist.“

Aber sie ist außerdem gefährlich. Sie hat den Ruin des deutschen Wirtschaftslebens und den Sturz der Mark gefördert. Die Miliierten selbst sind Anmütig zu dem Ergebnis gelangt, daß man Deutschland ein Moratorium gewähren müsse. Aber wie sonderbar es auch erscheinen mag, hat sich Frankreich gerade in diesem Augenblick noch schärfer der Politik der Gewalt zugewandt. Es hat das Ruhrgebiet besetzt und auf diese Weise die Desorganisation Deutschlands beschleunigt. Die Engländer haben es abgelehnt, dieses Abenteuer mitzumachen. Die Amerikaner ziehen ihre Truppen vom Rheinland zurück. Die vorsichtigen Italiener lazieren. Nur das kleine Belgien folgt Frankreich, obwohl die Regierung sehr wohl weiß, daß diese Aktion schlecht ist und zu großen Schwierigkeiten führen kann. Die deutsche Mark wird bald jeden Wert verlieren. Die Kohlenausbeute sinkt von Tag zu Tag. Der Fall des Franken ruft Unruhe hervor. Die Leuerung nimmt ununterbrochen zu. Die deutsche Demokratie befindet sich auf dem Rückzug. Die nationalistische Reaktion nimmt zu. Die Gefahr eines neuen Krieges verstärkt sich von Tag zu Tag.“

Im Einvernehmen mit allen sachkundigen Finanzleuten, mit allen gutinformierten Personen und mit allen Freunden des Friedens lehnt die belgische Arbeiterpartei und die Gewerkschaftskommission jede Verantwortung für dieses wahnsinnige Abenteuer ab, das keine Ergebnisse zeitigen, oder Europa teuer zu stehen kommen wird. Diesem Abenteuer sehen sie ihr Programm der Reparationen entgegen: Appell an den Völkerverbund, Streichung der interalliierten Schulden, vernünftige Herabsetzung der deutschen Schuld, Erhöhung der Anteile Frankreichs, Belgiens und Italiens auf Kosten des Anteils Englands, Verwirklichung einer großen internationalen Antike unter Mitwirkung Amerikas.

Dieses Programm ist von den Gewerkschaften und den Sozialisten aller Länder Europas angenommen worden. Es ist vernünftig und praktisch. Es ist von allen Finanzautoritäten der Welt gutgeheißen worden. Es sichert die Wiedergutmachung und garantiert den Frieden. Arbeiter, propagiert diese vernünftigen Ideen, die eure Existenz sichern! Frauen, protestiert gegen die Politik der Abenteuer, die neue Konflikte und einen neuen Krieg heraufbeschwört! Leute von Bernunft und Willen, helft uns, die herrschenden Illusionen zu zerlösen! Dies ist notwendig im Interesse des Landes, im Interesse der Wiedergeburt Europas, im Interesse des Friedens der ganzen Welt!

Unser Lohnmangel.

Die Unzulänglichkeit aller Löhne ist der gesamten Arbeiterschaft so offenbar, daß es eigentlich überflüssig erscheint, an dieser Stelle noch den Nachweis hierfür zu führen. Und doch ist dies notwendig, da fortgesetzt von Unternehmern die „hohen Arbeiterlöhne“ als eine wesentliche Ursache der jetzigen Preisgestaltung bezeichnet werden. Dabei spüren wir es immer deutlicher an unserem Leib und Gewissen, daß mit jeder weiteren „großen Lohnzulage“ unser Reallohn immer mehr sinkt. Wenn dies nun auch jeder aufgeklärte Arbeiter weiß, dann ist es doch

gut, dies auch mal an authentischem Zahlenmaterial nachzuweisen und den Schwindeln darzulegen, der in den gegenteiligen Behauptungen liegt. Wenn wir nämlich die amtlichen Leuerungszahlen der letzten Monate mit den durchschnittlichen Wochenlöhnen in Vergleich stellen, die nach dem Api-Tarif in der Spitze gezahlt wurden, dann finden wir, daß die Löhne der verheirateten Gehilfen von 1603 Mk. bis 15 313 Mk. unter dem Existenzminimum standen und nur die Hälfte bis höchstens Zweidrittel des selben ausmachten. Noch größer war das Mißverhältnis nach dem Addelet-Tarif. Hier erhielten die Facharbeiter in der Spitze 1382 Mk. bis 16 528 Mk. pro Woche weniger als das Existenzminimum verlangte.

Die amtliche Reichsindexziffer stellte die Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung für vier Wochen in folgender Höhe fest:

September	13 319 Mk.
Oktober	22 066 „
November	44 610 „
Dezember	68 506 „
Januar	112 027 „

Da in diesen Reichsteuerzahlen der zehnprozentige Steuerabzug sowie die Ausgaben für diverse Bedürfnisse (Fahrtge, Verbands- und Versicherungsbeträge usw.) nicht mit einbezogen sind, wird durch diese amtliche Leuerungszahl höchstens 80 Proz. vom Gesamt-Existenzminimum erfasst. Nach diesem Grundsatze haben wir in der nachstehenden Tabelle die wöchentlichen Gesamtkosten des Lebensunterhalts für September bis Dezember errechnet und die Spitzenlöhne nach dem Api- und Addelet-Tarif der II. Ortsklasse, auf welche die amtliche Reichsindexzahl zutrifft, in Vergleich gestellt. In der danebenstehenden Spalte finden dann unsere Leser das Mißverhältnis der Löhne, also die Summe, um welche der Lohn zu niedrig war, bzw. hinter dem Existenzminimum zurückblieb. Die vierte bzw. letzte Spalte in der Tabelle gibt uns dann schließlich noch Aufschluß über das prozentuale Verhältnis der Löhne zum Existenzminimum. Dabei finden wir in den letztgenannten Tabellen, daß die Api-Löhne im November mit 49,5 Proz. des Existenzminimums noch nicht einmal die Hälfte desselben erreichten und nach dem Addelet-Tarif sanken sie in diesem Monat gar auf nur 43 Proz. herab.

Das Verhältnis des Existenzminimums zu den Api- und Addelet-Löhnen der 2. Ortsklasse war in den einzelnen Monaten wie folgt:

Monat	Api-Löhne				Addelet-Löhne			
	Wochenlohn	Verhältnis zum Existenzminimum	Untersch. vom Existenzminimum	Prozent	Wochenlohn	Verhältnis zum Existenzminimum	Untersch. vom Existenzminimum	Prozent
Sept.	4163	25,60	1603	61,5	2781	13,82	67	6,7
Ok.	8896	40,70	2828	59,0	3876	30,20	56	5,6
Nov.	13941	69,06	7034	49,5	6037	7,903	43	4,3
Dez.	21408	139,87	8121	62,1	12046	9,919	56	5,6
Jan.	35008	198,85	15313	66,3	18492	16,528	53	5,3

In dieser Tabelle tritt uns in einwandfreien Zahlen die Größe unseres Lohndefizits klar vor Augen. Sehen wir doch daraus, daß beispielsweise der Leipziger oder Stuttgarter Buchbindergehilfe ein Jahresdefizit von rund 796 000 Mk., der Dresdener oder Chemnitzer Kartonnagearbeiter in seinem Spitzenlohn sogar 859 000 Mk. zu verzeichnen hat, wenn das Mißverhältnis zwischen Lohn und den notwendigen Lebensunterhaltungskosten im gleichen Mißverhältnis bleibt wie es im Januar war. Nicht bloß für die gegenwärtige verhältnismäßig noch annehmbare Konjunktur ist diese Raubbaupolitik gefährlich, sondern in noch viel höherem Grade bildet sie eine öffentliche Gefahr für die kommende Krise. Denn die tief unter dem Existenzminimum stehenden Arbeiterlöhne schwächen die Kaufkraft so enorm, daß keine Hoffnung besteht, die Arbeiterschaft könnte bei eintretendem Stoden des Warenabfahes ins Ausland durch Käufe für den eigenen Bedarf die starken Wirkungen der Krise paralisieren bzw. erheblich abschwächen. Wenn es auch zweifelhaft ist, ob ohne unsere Reichstärke das Mißverhältnis noch ein viel stärkeres wäre, dann müssen wir doch, und zwar trotz der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, unser ganzes Augenmerk darauf richten, dieser Raubbaupolitik Einhalt zu tun.

Neue ungeheuerliche Preissteigerung

Steigerung des Wochenpreisniveaus um 68,5 Proz.

In der Woche beginnend mit Sonnabend, den 27. Januar und endend mit Freitag, den 2. Februar, erreichte die Wochenpreisindexziffer 6874,95, d. h. die zugrundegelegten vier Warengruppen erreichten im Großhandel das 6875fache ihres Vorkriegsstandes (Ende 1913 gleich 1), so daß damit die Inlandsaufkraft der Mark am Großhandelsniveau gemessen auf das 6875ste ihres Vorkriegswertes herabgedrückt wurde. Am Dollarkursniveau gemessen wie die Reichsmark zu Beginn des Februar (27. Januar bis 2. Februar) nur noch den 814sten Teil ihres Nennwertes der Vorkriegszeit auf. Der Dollarkursverlust in Berlin betrug im Wochendurchschnitt des 27. Januar bis 2. Februar 38 388,33, so daß sich gegenüber dem Durchschnittskurs der Vorwoche von 21 300 Mk. für einen Dollar eine Steigerung um 80,2 Proz. ergab, während sich das Großhandelspreisniveau von 4061,08 auf 6874,95, das sind 68,5 Proz. erhöhte. Die Erhöhung der Vorwoche hatte 24 Proz. betragen, die der Woche vom 13. bis 20. Januar den bis dahin höchsten Steigerungsgrad von 60,7 Proz. aufgewiesen, so daß in der Berichtswache ein neuer Rekord in der deutschen Preisentwicklung eingetreten ist. In der Preissteigerung in der Berichtswache trugen vornehmlich die gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise um durchschnittlich 78 Proz. ab 1. Februar bei.

Kohlensteuerstandal.

Von Dr. A. Kuczyński.

Die Reichsregierung hat sich endlich veranlaßt gesehen, zu der Beschuldigung der Kohlensteuererschleichung Stellung zu nehmen. WTB. verkündet:

„Laut Verfügung vom 1. September 1922 ist die am 30. September fällige Kohlensteuer auf drei Monate gestundet worden. Die so gestundete Steuer ist am 31. Dezember fällig geworden und restlos bezahlt. Außerdem ist durch eine Verfügung vom 30. Oktober 1922 die Hälfte am 31. Oktober und die Hälfte am 31. Dezember fällige Kohlensteuer auf je drei Monate gestundet, so daß also die gestundete halbe Oktobersteuer am 31. Januar 1923 und die halbe, ursprünglich am 31. Dezember fällige Steuer am 31. März zu zahlen sind. Es ist also durchaus unzutreffend, daß gar keine Kohlensteuer bezahlt wäre, vielmehr ist allein im Monat Dezember 1922 eine Summe von 19,9 Milliarden Mark eingegangen. Im übrigen sind die Stundungsanträge dem Garantienkomitee längst bekannt. Die Gründe für diese Maßnahme sind zwingender wirtschaftlicher Natur; insbesondere war es der Mangel an flüssigem Geld, der sich beständig seit Anfang September in beunruhigender Weise geltend machte. Die Bergwerksbesitzer wären ohne diese Unterstützung des Staates den im Gefolge des Marksturzes auftretenden sehr erheblichen Lohnsteigerungen und den gerade damals durchgeführten Änderungen der Lohnzahlungsmodalitäten nicht gewachsen gewesen.“

Der Tatbestand ist also klar. Die Bergwerksbesitzer haben z. B. im September für 1 Tonne Fettsäurekohle 4105 Mk., davon 1140 Mk. für Kohlensteuer erhalten. Die 1140 Mk., die im September 78 Cents (1 Dollar = 1466 Mk.) wert waren, haben sie am 31. Dezember „restlos bezahlt“, d. h. zu einem Zeitpunkt, wie sie nur noch 16 Cents (1 Dollar = 7350 Mk.) galt. Die Bergwerksbesitzer haben also nur ein Fünftel der Steuer selbst getragen und vier Fünftel auf das Reich abgewälzt. Tatsächlich war ihr Gewinn sogar noch etwas größer, da der Kohlenpreis inzwischen auf mehr als das Fünffache (ab 1. Dezember 22 763 Mk.) gestiegen war. „Die Bergwerksbesitzer wären ohne diese Unterstützung des Staates den im Gefolge des Marksturzes auftretenden sehr erheblichen Lohnsteigerungen und den gerade damals durchgeführten Änderungen der Lohnzahlungsmodalitäten nicht gewachsen gewesen.“ Konnte man wirklich keine bessere Ausrede finden? Änderungen der Lohnzahlungsmodalitäten, die eine Verhinderung der Steuerzahlungen und ein volles Bierjahr rechtfertigen sollen? Und die „sehr erheblichen Lohnsteigerungen“? Wenn unsere Reichsregierung es nicht ohnehin weiß, dann lese sie es doch im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ vom 30. Dezember 1922 nach, daß vom August bis November der Anteil der Löhne und Gehälter am Verkaufspreis der Kohle von 41 auf 29 Proz. gesunken ist.

Das Reichsfinanzministerium scheint sehr stolz darauf zu sein, daß die Kohlensteuer im Dezember

1922: 19,9 Milliarden Mark erbrachte. Ja, ist das etwa viel? Im Dezember 1921 war der Ertrag 646 Millionen Mark, d. h. 3,4 Millionen Dollars, im Dezember 1922: 19,9 Milliarden Mark, d. h. nur 2,6 Millionen Dollars. Dabei war der Kohlenpreis inzwischen nicht weniger gestiegen als der Dollar, und die Kohlensteuer war inzwischen (ab 1. April 1922) verdoppelt worden!

Und wer hat denn die 19,9 Milliarden aufgebracht? Legten Endes doch das Reich selbst. Denn bei einem Kohlenpreis von 22 769 Mt. und einem monatlichen Verbrauch von 1 1/2 Millionen Tonnen zahlte die Reichsbahn allein für die Kohlen, die sie verbrauchte, annähernd 10 Milliarden Mark Kohlensteuer, und es ist keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß die übrigen sachlichen Ausgaben der Reichsbahn (Schienen, Schwellen usw.), die sachlichen Ausgaben der Post usw. und die persönlichen Ausgaben des Reichs (Gebälter und Löhne für die Beamten, Angestellten und Arbeiter) ohne die alles verkleinernde Kohlensteuer insgesamt annähernd 10 Milliarden niedriger gewesen wären. In den Monaten September, Oktober und November hätte das Reich ohne die Kohlensteuer sogar sicherlich ein geringeres Defizit gehabt als mit der Kohlensteuer.

Die Kohlensteuer wird stets eine teure Sache für das Reich sein. Bei der großen Rolle, die die Kohle direkt und indirekt im Haushalt der Reichsbetriebe wie im Haushalt der vom Reiche lebenden Personen spielt, wird das Reich, selbst bei gewissenhafter Eintreibung der Kohlensteuer, etwa ein Drittel davon selbst zu tragen haben. Um so weniger läßt es sich verantworten, daß das Reich den Bergwerksbesitzern bis zu vier Fünfteln der Kohlensteuer schenkt.

Die Verfügung vom 30. Oktober, wonach die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer erst am 31. März zu zahlen ist, muß sofort aufgehoben werden. Wenn die Bergwerksbesitzer die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer jetzt zahlen, haben sie infolge der Geldentwertung schon zwei Drittel gespart, und das Reich, dem dann rechnermäßig ein Drittel verbleibt, hat dieses eine Drittel schon in dem Preise der Reichsbahnkohlen usw. hingegeben. Bleibt die Steuerrückstellung bestehen, so setzt das Reich bei der Kohlensteuer wieder zu. Das darf nicht sein. Denn es gibt nichts Aufreizenderes, als eine Kohlensteuer, die die Armeren der Reichsbevölkerung auf schwerste belastet, den Reichsten der Reichen die Taschen füllt und das Reich mehr kostet als sie einbringt.

Wem nützt die Geldentwertung?

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg.

Ein Beamter, der im Sommer 1920, bald nachdem die neue Reichsbesoldungsreform geschaffen wurde, 1500 Mt. monatlich an Gehalt nebst Ortszulagen usw. erhielt, bezog nach der ab 16. November gültigen Regelung etwa 75 000 Mt. Zum Wechselkurs berechnet, bedeutet das, daß der Beamte damals 40 Dollar monatlich erhielt, dann jedoch bloß 9 Dollar. Der in der Kaufkraft nach fast dieses Gehalt, berechnet nach dem Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“, von 160 bzw. 120 Mt. auf 45 Mt. Benutzt die Kleinhandelspreise heute den Großhandelspreisen noch erheblich nachhinken, so ist doch die Tendenz zum Ausgleich der beiden Preisniveaus offenbar sehr deutlich ausgeprägt. Das Realeinkommen der Beamten und der ähnlich besoldeten Angestellten hat sich also in einem erschreckenden Maße verringert.

Ähnlich liegt es bei den Löhnen der Arbeiter, wenngleich diese etwas elastischer sein mögen. Aber schon diese wenigen Ziffern zeigen, daß wir wieder sehr bewegten Zeiten entgegengehen, da ja die Regierung aus Rücksicht auf ihr Budget trachten wird, die notwendigen Gehaltssteigerungen zu verlangsamen. Schon das aber bedeutet bei der raschen Preisentwicklung ein Sinken der Realbezüge.

Wenn man von den stets steigenden Preisen spricht, redet man aus dem Blickpunkt des Konsumenten. Vom Gesichtspunkt des Produzenten aber bedeutet derselbe Tarifbestand: rasch wachsende Einnahmen. Entziehen derart Inflationsgewinne — was hat man darunter zu verstehen und wie groß sind sie? Das ist eine sehr wichtige Frage. — Ihre Beantwortung mag durch folgende Uebersetzung eingeleitet werden:

Das Defizit in den öffentlichen Haushalten wird durch Notenausgabe gedeckt. Soweit sich diese in Käufe auf dem inländischen Markt umsetzt, wird ein Teil des Realinkommens, welches früher von Angestellten, Arbeitern, Beamten, Rentnern usw. verzehrt wurde, auf den Staat übergeführt. Da Ziffern für das ganze Jahr keinen in sich gleichen Wert darstellen, so sei lediglich erwähnt, daß im November 1922 die Vermehrung der schwebenden Schuld 235 Milliarden Mark betrug. Das sind über 4000 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung, oder, wenn man annimmt, daß zwei Drittel der Bevölkerung erwerbstätig sind, 6000 Mt. auf den Kopf der erwerbstätigen Bevölkerung im Monat! Die sprunghafte Steigerung der Inflation (noch am 31. März 1922 betrug die gesamte schwebende Schuld des Deutschen Reiches 272 Milliar-

den Mark!) ist offenbar ganz von den Lohn-, Gehalts- und Rentenempfängern, zum Teil auch von den Gewerbetreibenden und Kaufleuten getragen worden, deren Betriebskapital jetzt verschwindend gering, jedenfalls viel zu klein geworden ist. Es werden die Leistungen aus dem Friedensvertrag also von den wirtschaftlich wohlhabenden Teilen der Bevölkerung getragen; Industrie und Landwirtschaft sind daran nur wenig beteiligt. Denn die oben mitgeteilten Statistiken zeigen, daß sich die Großhandelspreise fast ebenso schnell wie die Devisenkurse erhöht haben. Das bedeutet aber offenbar bei gleichbleibenden Umsatzen, daß das Kapital sich nicht gemindert hat, und daß auch die Gewinne mit der Geldentwertung Schritt halten. Freilich muß bei sinkendem Reallohn die Kaufkraft großer Schichten zurückgehen, aber andererseits wächst entsprechend die Kaufkraft der Unternehmerrschichten, und die Vermehrung der schwebenden Schuld bedeutet ja, soweit nicht direkte Markterläufe im Ausland vorliegen, ebenbürtig auf den Markt tretende zusätzliche Kaufkraft (z. B. Investitionen, Sachleistungen aus Ausland usw.), welche der Industrie und der Landwirtschaft ebenso willkommen ist wie die durch Arbeit geschaffene Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Die im Inland durch die Inflation steigenden Preise müssen auf die Dauer zu einer Senkung des Wechselkurses führen, da man unmöglich mit einem Gelde längere Zeit im Ausland mehr kaufen kann als im Inland. In den letzten Wochen stürzte sogar die Steigerung der fremden Devisen der inneren Preissteigerung aus politischen Gründen rasch voran. Wenn die Steigerung der Preise hinter dem der Wechselkurse, wie es geraume Zeit der Fall war, zurückbleibt, so ist das ein Zeichen dafür, daß auch die Warenbesitzer einen Teil der Inflationsverluste tragen. Der Uebergang zur Goldstandard ohne Goldlöcher aber, wie wir sie jetzt haben, zeigt deutlich, daß die Produzenten die Opfer der Inflation ganz von sich abzuwälzen vermochten. Sie sind vielmehr nicht alle reicher geworden — alle zusammengenommen können nicht reicher geworden sein, da ja Deutschland große Reparationsleistungen machte und, wie die passive Handelsbilanz zeigt, auch starken Kapitalabstrom zu verzeichnen hat —, aber es fand doch wieder — auch in den letzten zwei Jahren — eine ganz durchgreifende Neuverteilung des Vermögens, und zwar eine rasche weitere Akkumulation derselben statt bei gleichzeitiger fortschreitender Verarmung. Was das wesentliche bei diesem Prozeß ist: bisher konnte das Defizit der Volkswirtschaft, die Reparationszahlungen, die Kapitalflucht, die Devisenhamsterei

Florian Feuerstein, der Zündler.

Von Adam Karrißon.

Wißt Ihr, wie lang das Dörfchen Jörgenbain ist? Ach nein, Ihr könnt's nicht wissen. Berneht denn, daß des Hestemüllers Esel regelmäßig ein Hufeisen durchtritt, wenn er mit seinen Wehfüßen auf dem Rücken durchwandert. Trotz seiner Länge hat der Esel doch wenig mehr als zweihundert Einwohner, von denen jeder seinen eigenen Kopf hat. Ein jeder ist somit von seinem Nachbar außer durch Gärten, Wiesen, Acker, Zäune und Gräben auch noch durch eine eigene Ansicht geschieden. Jörgenbain ist eine Welt von kleinen Selbstherrschern.

Auf der Latschle hin läuft der Forellenbach durch Erlengebüsch, reißt, wenn er in Gewittertagen manchmal wild wird, dem Bauer Zwadell einen Felsen seines Landes weg und schwemmt es dem Bäcker Zwadell in seinen Krautgarten hinein. Ist dies Betragen des übermächtigen Wassers nicht Grund genug, die Talbewohner gründlich zu entzweien? Doch damit der Janz nicht aussterben kann, haben die Jörgenbainer außerdem noch zwei Religionen, die einander verbammen, zwei Kriegervereine, die einander bekriegen, zwei Gesangsvereine, die einander Trübsiedler singen. Die Autorität ruht auf vier Armen, die, an Bürgermeister und Polizeibürger angewachsen, paarweise das Geschäft des Schweinefleischens im Nebenamt betreiben. Brauch' ich noch zu erwähnen, daß beide Würdenträger aus Geschäftsnähe sich aufs innigste haften? Darum ist es wohlgetan, daß des einen Haus am Offende des Tales steht, während das des anderen den Bestausgang des Dorfes ziert. Wäre nicht das Gebell der Hunde aus den Hofrainen gedrungen, so hätte eigentlich von den Jörgenbainern keiner von dem andern etwas wissen brauchen. Jeder hätte nach seiner Fassung selig werden können.

Kap. 2. c. 1. 2. Verlag: Baum u. Schlichter, St.

Aber da waren leider Gottes die Spinnstuben mit ihrem Weibertraß, die Viehmärkte mit den Kaufhändeln der Männer und die Sonn- und Feiertagskirchgänge mit den Räscheren beider Geschlechter, die immer und immer wieder die Blut alterernden Hasses zur Flamme anbliesen und das Dorf nicht zur Ruhe kommen ließen.

Hatten die Leute von Jörgenbain auch kein gemeinsames Ziel, kein gemeinsames Interesse, keinen gemeinsamen Gott, so hatten sie doch einen gemeinsamen Teufel, der sie merkwürdigerweise in der Wut gegen die Feuerversicherungsgesellschaften zusammenschweißte, und zwar zu einem festen und unlöslichen Klumpen. Man mußte zahlen für die Versicherung seines Hauses, seiner Scheune, seines Ackergerätes, seines Viehes. Der Großbauer hatte das schon getan, der Vater hatte es ihm nachgemacht und der Sohn mußte zahlen, ob er es gerne tat oder nicht. Und dieses muß stand befehlend da in jeder Wüßhe, in jeder Kete, in jeder Hofraite. Herr Gott, was mußte da irgendwo für ein Hausen Geld zusammenliegen, wenn nicht die Epiphuben da oben, die man sich mit Geheimtrais- und Adosakengeldstern vorstellte, die Hände darin gewaschen hätten. Man hatte die Steuerboten, den Gerichtsvollzieher, den Straßenaufseher, kleine aber ehrliche Leute, nach dem Verbleib des Geldes gefragt, aber niemals eine befriedigende Antwort bekommen.

„Sie wern's in Darmstadt verkartet haben,“ hatte der Rutscher des Kreisphosphus gesagt, und das war eine Erklärung, die allen Einwohnern von Jörgenbain vom Bürgermeister bis zum Gänsehirtten herunter sehr plausibel erschien.

„Daß sie das Gewitter verschmeißt,“ hatte der Hinterwinkler gesagt, „wenn ich nur erst mit dem Herrgott im reinen wäre, dann wollt' ich meinen Teil von dem Gelde schon wieder in meinen Jungweibel kriegen.“

Bei seiner nächsten Osterbeichte fragte er den Kaplan: „Hochwürden, sag' Er mir, darf ich mein Geld, das ich einem anderen bis zum Tage der Not zum Aufheben gab, mir wieder heimholen?“

„Ja, Hinterwinkler,“ hatte der geistliche Herr gesagt, „das dürft Ihr tun, ohne Gewissensbisse dürft Ihr das tun, namentlich am Tage der Not.“

„Den Tag der Not kann ich mir schaffen lassen,“ dachte der Bauer und nahm seinen Weg nach Jörgenbain aus dem Pfarrdorf heraus über Abtsfelden. Der Maurermeister Feuerstein suchte da mit bekümmertem Gesicht gerade zum Fenster heraus in das aufgeregte Schneetreiben eines stürmischen Apriltages hinein als Hinterwinkler vorüberschritt.

„Hast Du das große Los gewonnen?“ fragte der Hinterwinkler, „wie kannst Du bei solchem Wetter die Wärme aus Deiner Stube herauslassen und Dir den kalten Wind einfangen? Dich kann doch der Speck nicht brennen. Kezt, wie siehst Du so vieredig aus und so herausgefüttert wie eines Leineweders Kuh?“

„Sparr' Eueren Biß für Leute, die leichter lachen können als ich, Hinterwinkler. Gestottene Kartoffeln einen ganzen Winter über und Steuerzettel dazu, davon wird keiner fett, zumal, wenn um den Tisch herum noch sieben hungrige Mäuler sitzen. Wenn nur das Wetter aufginge, daß unsereiner doch wieder zum Verdienst käme.“

„Und sind Deine Aussichten auf Neubauten gut über den Sommer hinaus?“ fragte der Hinterwinkler.

„Bis gegen Pfingsten wird die Arbeit reichen, dann aber werde ich die Sense nehmen und zu den Bauern in die Heuernte gehen können.“

„Daß Du Dich so wenig auf Deinen Vorteil versteht,“ bemerkte der Baujuder. „Wenn keine Regel umgeworfen werden, kann der Regelfuß keine aufsetzen und mag Lokhis treten. Dem Niederstürzen folgt das Aufbauen wie das Kalb der Kuh. Hast

(alles gleich unwirksame Abzopfungen des Volkseinkommens) aus den hinsichtlichenden Vermögen bezahlt werden. Heute sind die alten Markvermögen dahingehemelt. Und so sehen wir, daß der Prozeß auf die Einkommen übergreift und die Realeinkommen rasch senkt. Die rücksichtslose Aufrechterhaltung des Kapitalbestandes, welche vom Gesichtspunkt des Einzelbetriebes berechtigt sein mag, darf aber nicht zu weit getrieben werden: Man wird nicht vergessen dürfen, daß auch die Arbeitskraft ihre Reproduktionskosten hat, die bei Gefahr ihrer Vernichtung auf die Dauer nicht wesentlich unterschritten werden dürfen. Das wäre ein ebenso gefährlicher Irrtum, als wenn man glaubte, eine gesunde Wirtschaft in einem sich auflösenden Staat erhalten zu können: man kann sie ebensowenig in einer sich auflösenden oder pauperisierenden Gesellschaft erhalten. Daher ist, richtig gesehen, der Stillstand der Inflation und die Steigerung des Realeinkommens die wichtigste Forderung der Gegenwart, die wir vertreten müssen, selbst wenn die Stabilisierung nicht mit einem Schutze des Reallohn steigt, im Gegenteil ihn vielleicht zunächst sogar noch herabsetzen könnte. Aber sie hemmt wenigstens den Ferkungsprozeß unserer Volkswirtschaft und setzt dem abnehmenden, jede rationelle Wirtschaftsführung aufhebenden Steigen aller Preise ein Ende. Und sie wird auch das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen wiederherstellen und eine gerechtere Heranziehung aller Schichten zu den öffentlichen Lasten ermöglichen.

Unsere Presse und unser Beitrag.

Ein jedes denkende Mitglied muß den Zusammenhang dieser zwei Faktoren ohne weiteres verstehen. Wohl kein Wort der Bibel ist wichtiger, als daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, auch wenn der Monismus, oder vielleicht besser gesagt, die unitäre Menschenbetrachtung lehrt, daß letzten Endes Leib und Geist, Materie und Energie von Anfang an in einer Einheit verbunden war und das Denkövermögen des Menschen gestiegen ist mit der Berechnung und Bervollkommnung der körperlichen Organe. Mit dieser Theorie steht nicht im Widerspruch, daß mit der Ernährung der materiellen Hülle die Entwicklung der Geisteskräfte Hand in Hand gehen muß. Mit vollem Recht sagt daher unser Schiller:

„Das ist's ja, was den Menschen zieret,
Und dazu ward ihm der Verstand,
Daß er aus tiefstem Herzen spüret,
Was er erschafft mit seiner Hand.“

Und deshalb habe ich absichtlich auch das Mittel unseres Verbandes, die geistige Kost der Mitglieder

zu verbessern, vorangestellt. Aber die Presse kann nicht bestehen ohne finanzielle Mittel, auch wenn die Gedanken in Artikeln, Berichten und Betrachtungen von Autoren in den meisten Fällen völlig unbezahlt und, ich sage mit Recht, aus idealer Ueberzeugungstreue eingeschickt werden. Fest steht, daß trotz alledem unsere Presse eine unermeßliche Geldsumme verschlingt.

Es gilt für uns zu wägen, ob die Aufklärungsarbeit, welche durch eine gut geleitete Gewerkschaftspresse geschaffen werden kann, die sehr große materielle Belastung der Organisation aufwiegt. Es ist ein beschämendes Eingestehen eines Tiefstandes einer Arbeiterschaft, wenn festgesetzt werden muß, daß die Arbeiterpresse, zu der ja auch unsere „Buchbinder-Zeitung“ gehört, nicht so gewürdigt wird, wie es notwendig ist. Aber in einem möchte ich andere Wege gehen. Einen Uebelstand behebt man nicht, wenn man ein wichtiges Gebäude abbaut und einschränkt, sondern indem man das Interesse an dem gemeinnützigen Bau unserer Presse hebt. Den bekannten Bibelspruch von der Seligpreisung der geistig Armen (Dummen, Indifferenten) müssen wir umformen in eine Seligpreisung der geistig Hungerigen. Wer wie ein Tier an der Futtertrippe steht, der mag sich in keinem Gefängnis glücklich fühlen, aber er ist nicht zum Menschentum aufgestiegen. Die größte Sorge eines Arztes ist, einem Patienten die Gfult und das Ernährungsvermögen wiederzugeben. Kein Wunder, denn erst die Ernährung bedingt die Gffizienz des Menschen. Genau so müssen wir uns, sagen wir einmal ohne alle Hintzgedanken, als Seelenarzt fühlen. Und da gilt es für den Redakteur, zu erwägen, ob auch die Kost die richtige, sanitäre (gesundheitliche) ist. Unserem Redakteur, den ich, auch ohne ihn persönlich zu kennen, als meinen speziellen Freund betrachte, will ich damit nicht zu nahe treten. Unsere Presse darf sich ruhig im Blätterwald der Gewerkschaftspresse sehen lassen.

Aber wenn etwas an sich gut ist, muß es doch unser Bestreben sein, es noch besser zu machen. Meiner Ansicht nach sind die Themas im allgemeinen etwas zu trocken. Ein Bericht über Lohnbewegungen, Tarifstimmungen und sonstige gewerkschaftliche Aktionen mag noch so wichtig sein, allein ist diese Kost nicht genügend. Unsere „Buchbinder-Zeitung“ muß in unseren weltbewegenden Tagen die geistige Führerin unserer Kollegenchaft sein. Die reine Lohnfrage ist ja eine notwendige, aber doch eine Sippzusarbeit. Schon in Friedenszeiten war dieses der Fall und heute hiesse es nur Wasser ins Weltmeer schütten, wenn ich mit langen Beweisen antreten wollte. Die Wurzel alles Uebels, dessen grausamste Eiterbeule der Weltkrieg darstellt, ist die feststehende Tatsache, daß die Triebfeder aller menschlichen Arbeit nicht die Menschenliebe und der Bedarf, sondern die Profitlust und die oftmals mit dem Wermel am Zuchthaus streifende Spekulation ist. Der

Raub im Ruhrgebiet hat seinen tiefen Untergrund in dem während der Kriegszeit beabsichtigten Raub in Rußland. Die Raubgräber, nach geschlossenem Frieden in Rußland einzubrechen, ist genau so verwerflich. Den Kapitalisten wird nur mit gleicher Münze bezgezahlt. Und trotzdem haben sie, obwohl 72 Proz. aller Reichseinnahmen aus den Arbeitergrößen gedeckt werden, gegen eine innere Zwangsanleihe und gegen die Stabilisierung der Mark geachtet. Der Nationalismus besteht im Geldsack vom Demokraten bis zum Deutschnationalen.

Auch zur Innenpolitik haben wir mit Stellung zu nehmen. Die Parteipresse reicht nicht aus, die Parteiorganisationen sind in Einnahme und Ausgabe beschränkt. Die Gewerkschaftspresse muß zur sozialistischen Presse werden. Sie soll, wenn möglich, den Kampf innerhalb der sozialistischen Parteien mildern und in diesem Sinne auf einer höheren Warte stehen. Aber der Anfang und das Ende muß die Propagierung der sozialistischen Bedarfswirtschaft sein.

Ein Abbauen der geistigen Kraft heißt unsere Kollegenchaft verkrüppeln. Diese Freude dürfen wir den Eitimes-Anbetern nicht machen und wenn die Nummer 1000 Mk. kostet. Im Gegenteil, wir müssen unsere Presse ausbauen. Weg mit dem faulen Zauber der Neutralität. Partei, Partei, wer wollte sie nicht nehmen, die noch die Mutter aller Siege war. Der Abwehrkampf des Rapp-Bundes, die Demonstrationen beim Erzberger und Rathenau-Mord und das heldenmütige Leberneisen unserer Brüder im Ruhr- und besetzten Gebiet sind ein Auftreten auf der öffentlichen Weltbühne, ein politischer Akt.

Auch dem Feuilleton müßten wir besondere Aufmerksamkeit widmen. In der bloßen Unterhaltungsliteratur kann und muß der Geist der neuen Zeit gehndert werden. Die kleinen Geschichten sind oft recht schön, aber es mißte etwas mehr gegeben. Bewiß können wir morgen noch nicht die Idealzeitung haben. Aber wenn unsere Kollegen beiderlei Geschlechtes den geistigen Hunger zeigen, wenn sie opferfreudig auch für unsere Zeitung einstehen, wird es eine Ehre für Redakteur und Mitarbeiter sein, ihr Bestes einzusetzen. Zum Schluß dieses Abschnittes möchte ich noch eines Auspruchs unseres Kollegen, des Verbandesabgeordneten Schilbbach, erwähnen, den er an anderer Stelle getan hat. Der Kampf unserer Brüder im Ruhrgebiet bedeutet eine neue Etappe. Er ist der Kampf gegen den völkermordenden Militarismus und ein Erfolg ist der Beginn des Sieges über den Militarismus. Die blutigen Verfaller müßten eine blutige Walmoohe in Szene setzen. Unsere Brüder in ihrem schmerzlichen Kampfe zu stärken, das ist auch die ehrenvolle Aufgabe unserer Zeitung.

Natürlich gehört zum Kriegsführen Geld. Wir dürfen uns glücklich preisen, eine gesunde finanzielle Basis gefunden zu haben. Wer über den Stunden-

Du kein Gehren im Kopf und verstehst Du nicht, wie ich das meine?

„Doch schon, so halb und halb. Schon beinahe dreiviertel ist mir's klar, wo Ihr hinaus wollt. Ihr meint, ich soll mir ein Automobil anschaffen und damit Euch Bauern im Tal drunten die Riegelwände eintrümen, damit ich sie nachher aufs neue flühen kann. Ja, gerne möcht' ich so zu Berdienst kommen, wenn ich doch nur einen Gewatter hätte, der bei dem Handel für mich am Vorschuß keinen Namen auf die Bürgerliste querschreibt.“

„Dir fehlt's an praktischem Verstand,“ entgegnete der Hinterwinkler. „Können nicht die Keinen Ameisen ein Haus zerstören und der Mauerchwamm? Kann es nicht sogar das dünnste Streichholz? Wenn Du schon einmal ein Feuerstein bist, nun so gib auch Funken. Ist nicht St. Florian Dein Namenspatron?“

Der Maurermeister hatte während dieser Rede des Bauern ein dummes, breites Gesicht gemacht. Als er aber zu begreifen anfing, wo hinaus der Hinterwinkler wolle, wurden keine Züge spitz, und kein Gesicht glich dem einer Haselmaus, als er dem Besucher leise zulüfferte:

„Kommt herein in die Stube, die Stube ist mit dem Vuterkorb über Land gegangen, um Pfennige zu verdienen, und die Küden treiben sich auf dem Mist anderer Leute herum, um womöglich ein Stücklein Brot für ihren Schwabel herauszuscharrn.“

Als der Hinterwinkler in die Stube getreten war, ging er zuerst nach der Kuchentür und riegelte diese ab. Dann blickte er sich und warf einen Blick unter das Bett, und ehe er sich zu dem Maurer an den Tisch setzte, maß er noch mit fragenden Blicken den Uhrkasten daraufhin, ob er etwa geräumig genug wäre, einen unerwünschten Besucher in sich zu beherbergen.

„Ihr seid doch ganz allein?“ flüfferte er darauf dem Florian Feuerstein ins Ohr.

„Wenn Du die Bäuse nicht mitrechnest, die sich hinter meinem Hemdtragen verkrüffern, dann ist außer uns beiden kein lebendiges Wesen weit und breit.“

„Die Bäuse, die plaudern nichts aus vor Gericht“, nahm der Hinterwinkler das Wort, „die sind verschwoegen. Kein Rechtsanwält bringt's fertig, aus deren Rauf auch nur einen Ton herauszuholen. Es sind vertrauenswerte, ehrliche Kreaturen, und ins Zuchthaus kommen sie immer nur in Gesellschaft von unleserleichen. Dieser Pfeffer verdirbt uns die Brust nicht. So hör mich also an und sag mir Deine Meinung, wie Du von meinem Vorschlag denkst.“ Er holte tief Atem und fuhr fort:

„Du kennst meine Scheuer. Soweit sie nach der Strafe hinschaut, macht sie noch ein leidlich junges Gesicht. Aber hinterwärts, so nach dem Bangert zu, bei allen Teufeln, da ist sie Dir voller Löcher wie der Strohhalm eines Kesselflickers. Glaub' mir, da har's Dir Stellen, wo eine Kuh das Heu herausziehen könnte wie aus einer Futtertrappe — Stellen, die nach einem Streichholz schreien wie der Raube nach der Saatzeit. Gud', wenn Dir der Weg über'n Berg nicht zu weit wäre in einer dunklen Nacht, Feuersteinchen, Feuersteinchen, Du könntest Deinen Raufgang mit Schindeln tapezieren. Das handgred, das ich Dir geben will, soll so bemessen sein, daß Du mit samt Deinen Jungen dreimal überwintern könntest. Und außerdem, überlege doch: Der Neubau bringt Dir und Deinen Gesellen Verdienst. Bis zur Holzgleichung wird er Dein Werk sein. Was dort ab kommt der Zimmermann ans Verdienen. Ist es nicht Dein Schwager? Und braucht er nicht das Geld so notwendig als wie Du? Hör nur! Einen Gotteslohn kannst Du Dir an dem armen Teufel verdienen und an seinen Ungewaschenen, Ungefämmten, Rognfläßen erst recht. Hörst Du zu, Feuersteinchen, verstehst Du mich denn auch ganz, und was hast Du zu den Kon-

duiten, die ich Dir mache, zu sagen? Wenn Dich Dein Gewissen beißen sollte, nun, so trah' es, wie Du ja auch Deinen Budel tragen mußt, wenn er Dich lüdt, und bedenke, daß Du Dir und diesen andern hilffst und keinem schadest als der Feuerversicherung, die doch keiner ist. Du kannst sündigen gegen Deinen Gott, gegen Deinen Nächsten, gegen Dein Vieh, aber gegen eine Feuerversicherung kannst Du so wenig sündigen wie gegen eine Zeitung oder gegen den Kalender, der dort an der Wand hängt. Und wenn die Scheindelbände mir das Brandflässenged herauszahlen muß, wessen Geld gibt sie mir? Eines das der halbverhungerten Schreiber, die auf ihrem Bureau die Wänselröhren kauern? Nein, sie gibt nur heraus, was ich, mein Vater, mein Großvater und der Häre, an den Du Dich auch wohl noch erinnerst, einbezahlt haben. Höllendonnerwetter. Feuerstein, soll unser gutes Geld auf Nummerwidersehen verschwinden kein wie eine Wurfhaubt, die der Hund verschluckt hat?“

Während der Besucher noch redete, hatte der Versuchte im Mund herumgegriffen und mit dem nassen Finger eine Zahl auf die Tischplatte hingemalt.

„Soll ich Euch eine Brille holen oder könnt Ihr ohne sie noch lesen?“ sagte er trocken.

Der Hinterwinkler neigte den Kopf über das Geschriebene und fuhr die Fißern mit der Nase nach. „Abgemacht!“ sagte er nach einer halben Sekunde und zwei Hände klatschten den Vertrag besiegelnd ineinander.

Während der Bauer nach seinem Stode tastete, um zu gehen, drückte der Maurer seinen Besuch noch einmal am den Schultern auf seinen Stuhl nieder.

„Propos, Hinterwinkler, Ihr habt zu Hause ein kräftiges Weib und einen Sohn, der ein halber Wasserkopf ist. Daß Ihr mir reinen Mund hellet denen gegenüber.“ (Fortsetzung folgt.)

lohn als Beitrag murrst, darf nicht über eine Beschränkung der Zeitung klagen. Pflicht ist, auch überall wirklich den Stundenlohn zu zahlen. Das durchzuführen, sollten sich unsere Funktionäre ansetzen lassen. Es wird auch die Zeit kommen, wo wir etwas hoffnungsvoller in die Zukunft schauen können. Nur sollen wir erst zu allererst an einen Abbau des Beitrages denken, sondern viel eher ihn auf den 1/4 des Stundenlohns bringen. Weider ist das vorläufig, hienichtlich auf keine unabwehrbare Zeit, Zukunftsmusik. Mit der Beitragsfrage hängt auch die Frage des Graphischen Industrieverbandes zusammen. Unsere Ehre verbietet uns, in dieser Propaganda jetzt noch in den Vordergrund zu treten. Unser Verband muß es sich zur Lebensaufgabe machen, den toten Punkt, der durch die Passivität der Buchbinder gegeben ist, zu überwinden. Wir müssen suchen, auch über die Künstler zu streiten. Das kostet Kämpfe, und dazu ist neben gewerkschaftlicher und politischer Schulung, neben Singabe an unser Endziel auch eine geklärt Kasse notwendig. Aus Millionen müssen Millarden werden. Das ist möglich und unbedingt notwendig. Dann werden die widerstrebenden graphischen Brüder und Schwestern zu uns kommen. Dann erst kommt der Graphische Industrieverband.

Der Mensch, der in einer schwankenden Zeit
Einen schwankenden Sinn zeigt,
Der vergrößert das Nebel und breitet es weiter.
Der aber fest auf seinem Sinn beharrt,
Der bildet die Welt sich neu. (Goethe.)

Ernst G. A. S.

Gefängnisarbeit.

Der wirtschaftliche Niedergang hat nun auch in unserem Berufe, speziell in der Lüten- und Beutelbranche, zu Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen geführt. Der Wucher auf dem Papiermarkt sowie das Bestreben der Unternehmer, unsere Lohnverhältnisse durch Kurzarbeit illusorisch zu machen, haben schon zu schweren Erschütterungen in unserer Branche geführt. Mit banger Sorge aber muß die in Betracht kommende Arbeiterschaft dabei sehen, wie ganze Wagenladungen von Zuschnitt für Lüten und Beutel ins Zuchthaus wandern, während sie im Betriebe zu Kurzarbeit verdammt ist und infolge der enormen Verteuerung der Lebenshaltung der weiteren Verelendung preisgegeben wird. Daß dieser Zustand unhaltbar und für unser Gewerbe schädlich ist, habe ich an dieser Stelle schon beteuert, jedoch bisher ohne Erfolg. Der Schmutzkonzurrenz des Unternehmers gegenüber, die nicht in der glücklichen Lage sind, an ihrem Domizil ein Zuchthaus zu besitzen, wo sie ihre Waren zu Schundpreisen hergestellt bekommen, ist Tür und Tor geöffnet. Bei Lohnverhandlungen mußte man öfters die Wahrnehmung machen, daß die Herren kurzerhand erklärten: „Da sperren wir zu und lassen die Ware im Zuchthaus anfertigen.“ Das bedeutet für uns ein schweres Hindernis in unsern Lohnkämpfen, und es wäre an der Zeit, daß der Verbandsvorstand in Verbindung mit denjenigen Unternehmern, die diese Vergünstigung der Strafankarbeitsarbeit nicht haben, den Kampf aufnimmt zur Beseitigung der das ganze Gewerbe schädigenden Zustände. Jetzt ist der günstigste Moment. Die Arbeiterschaft verlangt ferner, daß unsere Vertreter im Reichstag darauf hingewirkt werden, sofort einen Gesetzentwurf (evtl. Notverordnung) dahingehend zu erwirken, daß gewerbliche Arbeiten in Frontisten, Gefängnissen und Zuchthäusern für Rechnung der Privatindustrie nicht hergestellt werden dürfen, solange in diesen Berufen Kurzarbeit oder Betriebsstilllegungen zu verzeichnen sind. Darum Kollegen und Kolleginnen in den einzelnen Orten, die ihr unter denselben Verhältnissen zu leiden habt, rafft euch auf und nehmt den Kampf auf gegen eine Einrichtung, die schon Jahrzehnte uns schweren Schaden zugefügt hat. Der Kampf ist schwer, weil er nach zwei Fronten zu führen ist. Jedoch die Zeit ist reif, darum frucht uns Wert!

Br.

Tarifausschuss, was tatest du?

Mit bitterem Gefühl wird jeder im „Apf.“ Lohnabkommen vom 13. Januar gelesen haben, daß die jetzigen besonderen Lohnabkommen zum Zufuhrvertrag für die Buchdrucker in Fortfall kommen. Eine günstige Position für einen Teil unserer Kolleginnen ist somit gefallen. Die geheimen Triebkräfte im Buchdruck-Unternehmerlager haben wieder einen Abbau-Stieg errungen. Einer solchen Verschlechterung durfte unser Tarifausschuss seine Zustimmung nicht geben, zum mindesten mußten aber Übergangsbestimmungen geschaffen werden, soll nicht unangenehmer Streit entstehen. Bilden wir weiter, dann ist es ein mühseliger Abbau, Stück um Stück günstiger Tarifverhältnisse fallen. Wie steht es da mit dem Ortsklassen-Urrecht? Das... müssen wir

jahrelang erdulden und erst bei der Manteltarif-erneuerung besteht vielleicht die Aussicht, unter sehr erschwerten Umständen Abänderungen zu erzielen. In Chemnitz sind reichlich 500 Beschäftigte in der Buchbinderbranche, davon fallen über 300 unter den Zufuhrvertrag für Buchdrucker. Hier von sind 200 Kolleginnen, so daß ein großer Teil der Kolleginnen vorteilhafte Entlohnungspositionen verloren hat. Wenn dies in anderen Orten weniger in der Erscheinung tritt, dann sollten doch die Tarifausschüsse lieber eine Ortspolitik treiben, sondern die Allgemeinheit vertreten und zähe an Errungenem festhalten. Die hiesige Branchenkommission hat eine gezielte Stellung zu dieser Verschlechterung angenommen und sie einmütig scharf verurteilt. Zum „Apf.“ Lohnabkommen selbst ist zu sagen, daß mehr als bisher die jüngere Gehilfenschaft im Lohn zu heben ist, ebenfalls müssen die ledigen Gehilfen über 24 Jahre dieselben Zulagen erhalten wie in dieser Staffel der verheirateten Gehilfen, soll nicht eine unerträgliche Spannung eintreten. In der Lohnhöhe kann uns natürlich in dieser jetzigen Wucherperiode kein Lohnabkommen befriedigen, da es stets bereits von der Leuerungsstelle wieder überholt ist. Als Gewerkschaften dürfen wir uns aber trotzdem nicht bloß materiell einstellen, sondern müssen alle durch praktische Mitarbeit in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung in Reih und Glied der modernen Arbeiterklasse marschieren, um so die Grundübels des heutigen kapitalistischen Systems zu erkennen und beseitigen zu helfen. Eignen wir uns alle die Befähigung an, eine neue gerechtere Welt mit zu zimmern.

Zum Schluß möchte ich noch anregen, überall Branchenkommissionen zu bilden, die über die tariflichen Bestimmungen wachen, sich in die Tarife einarbeiten, die Agitation betreiben und öfters in Führung mit ihrem Tarifausschussmitgliedern treten. Wenn sich die befähigten Mitglieder in dieser Kommission zur Verfügung stellen, kann sehr gute praktische Arbeit geleistet werden.

Buchbinder-Branchenkommission Chemnitz.

Berichte.

Veraburg. Unsere Jahrsitzung hielt am 16. Januar ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende Schmalz gab den Bericht über das verfloßene Jahr. Er erwähnte, daß die Firmen W. Leich, Buchbinder, sowie W. Heinde, Kartonnagen, sich fast bei jeder Lohnzulage erst vor den Schlichtungsausschuss laden ließen, um durch Urteil oder Einigung mit dem Gauleiter die Zulagen zu zahlen, wodurch die Kolleginnen fast immer um 8-14 Tage geschädigt werden. Diese Firmen gehören keinem Verband an. Auch die Zulagen ab Januar mußten erst durch Urteil wieder herausgeholt werden. In der Lüten- und Beutelbranche steht es auch noch sehr schlecht aus. Besonders die in Akford stehenden Kleberinnen werden noch nach dem alten Bezirksamt mit Zuschlägen entlohnt. Es wird Zeit, daß der Bezirk Sachsen-Anhalt endgültig dem Allgemeinen Lüten- und Beutelverband angeschlossen und ein einheitlicher Akfordtarif geschaffen wird. Gauleiter v. d. Reith gab Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Er erwähnte, daß in vielen Orten schon Arbeitsmangel eingetreten sei, und erklärte noch, daß bei den nächsten Verhandlungen der Beutel-Branchen dahin gewirkt werde, daß die Kolleginnen endlich zu besseren Löhnen kommen. — Den Klassenbericht gab Richter. Der Abschluß war bisher ein guter, nur im letzten Quartal hatten wir viel Arbeitslose. Der Lokalbeitrag wurde ab Januar auf 10 Mk. für alle Klassen festgesetzt. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden alle Mitglieder wiedergewählt. Die Versammlung ersuchte den Gauleiter noch, auf bessere Entlohnung bei den Verhandlungen hinzuwirken, sowie die Termine einheitlicher festzulegen. In der Beutel-Branchen sind die Termine fast immer um 8 Tage später festgelegt wie bei den anderen Reichstaxen. Das kann für die Dauer nicht so bleiben. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, die Mitglieder mögen fest und treu zum Verband halten, was auch kommen möge. Nur durch Einigkeit ließe sich etwas erzielen.

Gesult. Unsere sehr gut besuchte Generalversammlung fand am 1. Februar statt. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Klassenberichts wurde dem Kassierer Koll. Runtwig einstimmig die Entlastung erteilt. Desgleichen sprach die Versammlung dem Vorstande Dank aus für seine aufopfernde Tätigkeit im verfloßenen Geschäftsjahr. Der gesamte Vorstand wurde zur Wiederwahl vorgeschlagen. Durch eine anschließende Diskussion kam die Wahl nicht zu Stande, so daß ein Antrag angenommen wurde, die Vorstandswahl in einer besonderen Versammlung vorzunehmen. Wegen der frühen Polizeistunde

wurden auf Antrag die weiteren Punkte der Tagesordnung abgelehnt und nur: die Zustände bei der Firma Linke machten es notwendig, daß diese unter die Lupe genommen wurde. Ausschließlich einiger Schmarotzer, welche glauben, den Tariflohn nicht nötig zu haben, war das dort beschäftigte Personal in geschlossener Einheit erschienen. Schon seit Jahren gibt die Firma Linke Veranlassung zur Klage, da sie fast nie den tariflichen Lohn zahlt und daher leicht in der Lage ist, anderen Firmen gegenüber als Schmutzkonzurrent aufzutreten. Auch wurde festgestellt, daß trotz gesetzlicher Vorschrift dort kein Betriebsrat existiert und sich die Firma dadurch strafbar macht. Hierzu sollen von der Ortsverwaltung geeignete Schritte unternommen werden, um auch dort endlich einen Betriebsrat zu schaffen. Wegen der Nichtzahlung des tariflichen Lohnes an Kolleginnen und Kollegen wurde die Ortsverwaltung beauftragt, das Schiedsgericht anzurufen, falls die Firma nicht dazu übergeht, sofort den Tariflohn sowie alle Differenzen nachzuzahlen. Unseren Kolleginnen sei gesagt, daß wegen der Forderung des tariflichen Lohnes keine Entlassungen vorgenommen werden dürfen. Sollte die Firma den Versuch machen, dann wird sich das Gericht erneut mit diesem Paradies befassen müssen. Der Kollegenschaft der Firma aber sei die Mahnung: Haltet fest zur Organisation, dann ist auch die Firma Linke gezwungen, die Auszahlung von Trinkgeldern einzustellen und dafür den tariflichen Lohn, welcher heute immer noch ein mehr als befriedigender ist, einzuführen. Sorgt dafür, daß in den Betrieben ein jeder organisiert ist, und duldet keine Lohnrücker neben euch. Ist in jedem Betriebe eine gut organisierte Arbeiterchaft vorhanden, dann können solche Zustände wie im obenerwähnten Betriebe nicht vorkommen.

Erlangen. Am 22. Januar fand unsere diesjährige Jahresgeneralversammlung statt. Vom Gau war Weinsäcker anwesend. Der Jahresbericht wurde von Penfel erstattet. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß im verfloßenen Jahre die Hauptarbeit der Verwaltung in der Durchführung der Lohnbewegungen bestand. Am Orte laufen zurzeit zwei Tarife und zwar fallen zwei Betriebe unter den Reichstaxtarif der Buchbinder, ferner acht Betriebe unter den Tarif der Lederwarenindustrie. Es gelang im Laufe des Jahres die Unternehmer zur Anerkennung der Lohnvereinbarungen im Buchbinderart zu bringen. Lediglich mit den Kleinbetrieben mußten in letzter Zeit besondere Maßnahmen durchgeführt werden, um den dort beschäftigten Mitgliebern ebenfalls den Tariflohn zu bringen. Weitere Schwierigkeiten entstanden durch die schlechte Bezahlung der Jugendlichen im Fortsekkertarif, wo die Verwaltung immer wieder einsehen mußte, um dort Verbesserungen zu erzielen. Daß am Orte alles bisher gut klappte, ist dem guten Zusammenarbeiten der Gauleitung mit der Ortsverwaltung und den Vertrauensleuten zu danken. — Auch in der Agitation für den Verband konnte ein erfreuliches Ergebnis berichtet werden. So hat sich im Laufe des Jahres der Mitgliederbestand um 70 auf 332 Mitglieder erhöht. — Weinsäcker gab einen sehr ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen sowie über die gegenwärtige Lage in unserer Industrie. Seine Ausführungen wurden aufmerksam verfolgt und fanden reichen Beifall. — In der Aussprache wurde von der Kollegenschaft scharf gegen die Einschränkung der „Buchbinderzeitung“ Stellung genommen und betont, daß es gerade zur Zeitzeit falsche Sparmaßnahmen sei, wenn unsere Mitglieder nicht das geistige Bindemittel im vollen Umfang erhalten. Die Behauptung, daß die Zeitung nicht so gelesen wird, wie es sein soll, erweist sich als unzutreffend, da in Versammlungen stets Fragen aufstachen, aus denen zu entnehmen ist, daß die Zeitung auch mit Interesse verfolgt wird. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, gegen die Einschränkung beim Verbandsvorstand zu protestieren. — Bezüglich der Beitragsleistung wurde erwünscht, daß der Beschluß des Verbandstages in Kassel Tatsache wird, daß sofort nach jeder Lohnhebung auch die Beiträge erhöht werden. Dann kann es nicht vorkommen, daß falsche Sparmaßnahmen getroffen werden müssen. — Da die Regelung der Lokalbeiträge, Unterstützungen, Sitzungsgelder usw. sich bei den überfälligen Verhältnissen nicht immer durch Verammlungsbeschluß vornehmen läßt, wurde einstimmig beschlossen, daß in Zukunft diese Angelegenheiten von der Versammlung geregelt werden. — Bei der erfolgten Neuwahl wurde der erste Vorsitzende Penfel, zweiter Vorsitzender Keller, Kassierer Schmidt, Beisitzer Boh und Weiß, Revisoren Erbacher und Pfisterer gewählt. Dem bisherigen zweiten Vorsitzenden Drechsler wurde der Dank für seine langjährige Mitarbeit ausgesprochen. — In seinem Schlusswort forderte Penfel auf, auch im kommenden Jahre wieder so zusammenzuarbeiten wie bisher zum Wohle der Mitglieder im Interesse des Verbandes.

Für unsere Kolleginnen

Zur Freiheit!

Nun ist der Winter fort. Auf Busch und Bäumen
 liegt schon der Knospen halbverhülltes Grün,
 Das ungeduldig der Befreiung harret;
 Auf feuchtem Waldgrund blühen die Buschwindröschen;
 Sie heben ihren zarten Blütenmund
 Dem Sonnenschein beglückt zum Auf entgegen.
 Aus heiterm Himmel singt die kleine Lerche
 Ein Lied von Sonnenschein und Liebeslust.
 Und über Nacht wird, wie mit Jauberkeften,
 Die alte Erde wieder jung und schön.
 Der Frühling kommt O Brüder, Schwestern!
 Was in der Erde Schoß gefesselt lag,
 Das bricht hervor zu Luft und Licht und Freiheit!
 Jürgen Brand.

Kolleginnen, heraus!

Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder ist ganz erheblich gestiegen. In einer Reihe von Zahlstellen arbeiten unsere Kolleginnen freudig in der Verwaltung mit; auch haben wir in einer Reihe von Betrieben tüchtige weibliche Betriebsräte zur praktischen Mitarbeit herangezogen können. Aber das sind alles nur Ausnahmen.

Gewiß begreife und verstehe ich die Leidensgeschichte der meisten unserer Arbeiterinnen. Haben mich doch selbst gerade diese Leiden während meiner zwanzigjährigen Tätigkeit in der Fabrik und als Frau im Haushalt geradezu gefählet und gefestigt und den Entschluß zur Reise gebracht, meine ganze Kraft in den Dienst der Aufklärung zu stellen, um meinen gequälten Arbeitsschwestern und Brüdern zur Besserstellung ihrer Lebenslage mit helfen zu können. Die Arbeiterin, die als junges Mädchen in die Fabrik kommt, muß ja leider auch als Ehefrau und Mutter im Kampfe um das Dasein als Miternährerin tätig sein. Dadurch ist die Befastung der Frau durch die doppelte Arbeit, teils in der Fabrik, teils im Haushalt, ja viel schämmer als die des Mannes. Denn untrennbar mit dem Leben der Frau sind die häuslichen Sorgen und Mühen verbunden, zu denen sich noch sehr oft die Last der Kinder hinzugesellt und daher Frau Sorge täglicher Tischgast ist. Oft droht die Frau unter der doppelten Last zusammenzubrechen, doch sie darf ja nicht müde werden, das Gespenst Frau Sorge zwingt sie ja, noch einen großen Teil ihrer Arbeitskraft dem Kapital zur Ausbeutung zur Verfügung zu stellen. Sollte sich da nicht alles in uns auflehnen? Besonders unsere Mütter, die des Morgens ihre Lieblinge oft in ungewisse Hände geben müssen; die dann tagsüber diese quälenden Gedanken nicht los werden und froh sind, wenn zum Feierabend das Fabriktor geöffnet wird.

Kolleginnen! Mühten angesichts dieser Tatsachen nicht alle denkbaren weiblichen Köpfe sich in den Dienst der Organisation stellen, um wenigstens für ihre Nachkommen eine bessere Welt zu schaffen? Trotz aller häuslichen Mühen und Plagen müssen wir Frauen auch Zeit zur geistigen Betätigung finden. Wir müssen alle unsere Kräfte mit anspannen und mit den Männern wetteifern in der geistigen und praktischen Arbeit im Dienste der Arbeiterorganisation. Die Mitarbeit an dem großen Ziele zur Befreiung der Menschheit aus dem Joch des Kapitals muß doch auch uns Frauen Bedürfnis sein. Und wo man uns nicht haben will, da geht zu verstehen, daß die Frauen im industriellen großkapitalistischen Zeitalter nicht nur dürfen „flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben“, sondern daß sie mit Aufbietung ihrer ganzen Kräfte wirken und schaffen müssen in Fabrik und Heim, um die Familie aller notwendigst nähren und Weiden zu können und sie dazu noch die Lasten des Haushalts fast ausschließlich auf ihre Schultern nehmen

müssen. Dazu haben sie auch als Mütter die unabwehrbare Pflicht, dafür zu sorgen, daß für unsere Nachkommen der Boden gut beackert wird, damit sie sich eine bessere Existenz daraus schaffen können.

Dazu aber bedarf es starker wirtschaftlicher Organisationen, und es ist unbedingte Pflicht aller Frauen und Mädchen, sich der Organisation nicht nur anzuschließen, sondern auch in zäher Ausdauer und rühriger Tätigkeit für deren Ausbau und Festigkeit zu arbeiten. Die Frau ist gleichberechtigtes Glied der menschlichen Gesellschaft, sie muß auch den Mut aufbringen, ihrem Mann, wenn es sein muß, zu sagen, daß sie für ihn nicht nur Hausgenossin ist, sondern daß sie auch Kämpferin an seiner Seite im wirtschaftlichen Ringen um die Existenz sein muß. Unser Lohn drückt auf den Lohn der Männer. Oft wird in Lohnverhandlungen von den Arbeitgebern so leicht hingeworfen, „es sind ja weibliche Arbeitskräfte“. Wir müssen aber Anspruch darauf erheben, daß für gleiche Leistungen auch gleicher Lohn gezahlt wird.

Kolleginnen! Ich wage zu behaupten: Würden die Arbeiterinnen mehr Mut zur praktischen Organisationsarbeit aufbringen, hätten wir mehr weibliche Kämpferinnen an der Front, die mit dazu beitragen würden, ihre unorganisierten Arbeitsschwestern unserer Organisation zuzuführen und sie zu zielbewußten Gewerkschaftlern zu erziehen, dann wäre es besser. Es ist dringend zu wünschen, daß es mit der praktischen Betätigung unserer Kolleginnen in unserer Organisation besser wird.

Kolleginnen! Hinweg mit aller Laubbelt und Jaghaftigkeit! Geloben wir, Seite an Seite mit unseren Kollegen vorwärts zu streben. Seien wir ihnen verständnisvolle Kameraden und zielbewußte, opferbereite Mitkämpferinnen, die sich mit ihnen aufschwingen und begeistern können zu den hohen Zielen, für die wir alle kämpfen müssen.

G. A. R.

Lohnsteigerungen der Kartonnagen-Arbeiterinnen.

Durch unsere Reichstaxtarife haben sich die früheren anarchischen Zustände in der Kartonnagenindustrie erheblich zum Besseren gewendet. Vor allem sind es die Löhne der Arbeiterinnen, die daran partizipiert haben. Besonders in der letzten Zeit finden wir dort eine im gewissen Sinne grundsätzliche Aenderung, so daß z. B. infolge der letzten Adet-Verhandlungen, die am 16. Februar Arbeiterinnenlöhne erreicht sind, die um das 1400- bis 1700fache gegenüber den Friedenslöhnen gestiegen sind, während wir bei den männlichen Facharbeitern in den Spitzenlöhnen nur eine Steigerung um das 1200- bis 1500fache zu verzeichnen haben. Die Steigerungssätze sind also bei den Arbeiterinnen etwa 10 Proz. höher als bei den Facharbeitern. Und zwar tritt diese günstige Wendung erst seit den letzten Monaten stärker in Erscheinung. Dadurch hat sich natürlich auch das prozentuale Verhältnis der Arbeiterinnenlöhne zu den Männerlöhnen erheblich gebessert und ist dadurch den berechtigten vielfachen Klagen der Arbeiterinnen zu einem wesentlichen Teil Rechnung getragen. So betragen z. B. in Berlin im Jahre 1914 die Löhne der Arbeiterinnen 58,1 Proz. der Männerlöhne und hielten sich die ganzen Jahre über mit geringen Schwankungen auf dieser Linie; dagegen sind sie jetzt auf 64,8 Proz. der Männerlöhne gestiegen. In Dresden war der Spitzenlohn der Arbeiterinnen 1914 54,3 Proz., während er jetzt auf 61,8 Proz. der Männerlöhne stieg. In Annaberg-Buchholz stiegen die gleichen Zahlen von 54,5 Proz. auf 60,6 Proz. Am stärksten trat diese günstige Wendung noch den bisherigen Stichproben für Chemnitz in Erscheinung. Dort wurde 1914 den Mädchen nur 50 Proz. der Männerlöhne gezahlt, während sie jetzt 61,8 Proz. der Männerlöhne erhalten.

Im nachstehenden geben wir eine Zusammenstellung über die Entwicklung der Arbeiterinnenlöhne seit Einführung des Reichstaxtarifs in drei unserer wichtigsten Industriezentren und empfehlen wir diese insbesondere dem eingehenden Studium unserer Kolleginnen. Bei diesen enormen Steigerungssätzen vertreten jedoch unsere verantwortlichen Leiter der Tarifverhandlungen keineswegs, daß sowohl die Löhne

der Arbeiterinnen, wie die der gesamten Arbeiterschaft außerordentlich geringe sind und leider trotz aller Lohnverhandlungen immer mehr hinter dem tatsächlichen Bedürfnis zurückbleiben. Immerhin dürfte diese Zusammenstellung manchen zum Denken anregen. Ergänzend sei noch zu der Tabelle bemerkt, daß die einmalige Sonderzulage für die Woche vom 2. bis 8. Februar in Höhe von 60 bis 78 Pf. pro Stunde nicht mit berücksichtigt wurde, sich mithin die Steigerung für diese Woche noch beträchtlich erhöht.

Löhne am	Berlin		Dresden (Ostklasse II)		Annaberg-Buchholz (Ostklasse IV)	
	Wochenlohn 1914	Die Steigerung des Wochenlohn seit 1914	Wochenlohn 1914	Die Steigerung des Wochenlohn seit 1914	Wochenlohn 1914	Die Steigerung des Wochenlohn seit 1914
1914	18,—	—	14,—	—	12,—	—
1. 4. 20	128,80	7,2	117,60	8,4	91,20	7,6
1. 12. 20	144,00	8,0	124,80	8,9	105,60	8,8
1. 4. 21	161,—	8,9	136,80	9,4	117,60	9,8
1. 11. 21	204,70	11,4	182,40	13,0	158,40	13,2
1. 1. 22	292,10	16,2	254,20	18,5	220,80	18,4
1. 4. 22	454,10	25,2	384,60	24,1	343,20	28,6
1. 9. 22	1311,—	72,8	1147,60	82,1	1022,40	85,2
3. 11. 22	890,30	50,1	821,60	58,7	757,20	78,4
15. 12. 22	818,—	46,7	768,—	54,0	684,—	71,0
20. 12. 22	1054,—	58,3	960,—	68,5	852,—	87,0
19. 1. 24	1265,—	70,2	1192,—	82,9	1032,—	108,0
7. 2. 24	1922,—	107,9	1786,—	127,6	1708,—	138,6
10. 2. 24	2474,—	136,4	2308,—	161,5	2004,—	168,2

Die Arbeiterinnen in der Krankenkassenstatistik.

Die zunehmende Beschäftigung von Arbeiterinnen zeigt sich nicht bloß in unserem Beruf, sie ist eine allgemeine Erscheinung. Dies zeigt auch die jetzt veröffentlichte Krankenkassenstatistik für das Jahr 1920. Nach dieser liegt die Zahl der in den öffentlichen Krankenkassen Deutschlands Versicherten auf 17 Millionen Personen, darunter 6,7 Millionen, also rund 40 Proz. weibliche Mitglieder. In den Kriegsjahren 1916 bis 1918 überwoog sogar die Zahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder um ein Beträchtliches. Gegenwärtig überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen nur noch in den Landkrankenkassen. Den hohen Wert der Krankenkassen kennt die Arbeiterschaft zur Genüge. Das kommt auch zahlenmäßig in dieser Statistik überzeugend zum Ausdruck. Beliefen sich doch die gesamten Leistungen der Krankenkassen für Krankenunterstützung und andere statutarische Leistungen auf 2060 Millionen Mark, während in dem Vorjahr 992 Millionen dafür ausgegeben wurden. Am verbreitetsten ist die Krankenversicherung in Berlin und im Freistaat Sachsen, wo je 39 Proz. der gesamten Einwohner bei den Krankenkassen versichert waren, während im Reichsdurchschnitt nur 28 Proz. in öffentlichen Krankenkassen versichert waren.

Eheschließungen Jugendlicher.

Wie die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ berichtet, haben nach der amtlichen Statistik der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1920 von den Eheschließenden 1600 männliche Personen im Alter von 15 Jahren und 3222 im Alter von 16 Jahren die Ehe geschlossen. Von weiblichen Personen schlossen in demselben Jahre 12234 mit 15 Jahren und 41626 mit 16 Jahren die Ehe. Mit 15 Jahren verwitwet oder geschieden waren sogar schon 82 männliche, und 499 weibliche Personen. Die Zahlen bedeuten bei den Eheschließenden eine Zunahme von zirka 20 Proz. gegenüber 1910. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß von der gesamten Bevölkerung der Vereinigten Staaten des Jahres 1920 rund 105 Millionen oder 10,3 Proz. auf farbige Rassen entfallen, die in der Regel an den Eheschließungen im jugendlichen Alter von 15 bis 16 Jahren stärker als die weiße Rasse beteiligt sind. Daß aber solche jugendlichen Ehen auch bei uns nichts Seltenes sind, beweist die amtliche Statistik des Deutschen Reiches, nach welcher 13 Mädchen im Alter von 15 bis 16 Jahren im Jahre 1919 die Ehe schlossen, darunter sogar eine unter 15 Jahren. Im Alter von 16 bis 17 Jahren traten 390 in den Ehestand. Diese Zahlen zeigen, daß auch bei uns auf dem Gebiet der Erziehung und Aufklärung noch viel zu tun übrig bleibt.

Gmünd-Cordh. Am 28. Januar fand unsere halbjährliche Generalversammlung statt. Kohler gab den Geschäfts- und Kassenbericht, wobei er die politische Lage etwas streifte sowie die Vorgänge anlässlich des Streiks in der Etuisbranche in Gmünd und den Übertritt der Kollegen in den Metallarbeiterverband, woran die sehr niedrigen Löhne und das Bestreben einiger Mitglieder, von einer freien Gewerkschaft los und in eine christliche Organisation zu kommen, die Hauptursache gewesen sei. Er ermahnte die Kollegen und Kolleginnen, treu zur Sache zu halten. Nur so könnten wir dem Ansturm des äußeren und inneren Feindes widerstehen. Während der Diskussion wurden die vollständig unzureichenden Lohnabkommen der papierverarbeitenden Industrie stark kritisiert. Die Versammlung brachte einmütig zum Ausdruck, daß diese Lohnabkommen der Arbeiterkraft nur zum Schaden gereichen. Die Generalversammlung erhob schärfsten Protest gegen die gänzlich unzureichenden Lohnabkommen. Da auch die Längsten, selbst die Besten, die Kollage der Arbeiterkraft immer verschlechtern, ist es an der Zeit, endlich andere Mittel und Wege zu ergreifen, um der Verelendung der Arbeiterklasse Einhalt zu gebieten. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund darauf hinzuwirken, daß dieser mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eingreift und dem Bucher, der Leuerung und dem Schiebertum ein Halt gebietet. Eine Preisüberwachung in diesem Sinne würde die wirtschaftliche Kollage wesentlich verbessern. — Die Kollegen der Firma Pfäffe brachten verschiedene Klagen vor. Genannte Firma erwiderte unter anderem auf die Frage des Betriebsratsvorsitzenden, warum die Firma Pfäffe verkürzt arbeiten lasse, ohne mit dem Betriebsrat darüber zu verhandeln, daß es so weit in ihrem Betrieb noch nicht gekommen sei, daß sie bei Arbeitszeitverkürzung oder Entlassungen vorher den Betriebsrat fragen müsse. Wenn es so weit gekommen sei, dann mache sie ihren Betrieb zu. Dabei stellte sie den Betriebsratsvorsitzenden als Heher hin, beachte ihn mit Ausdrücken, die nur von einem rückständigen Unternehmertum der Provinz gebraucht werden können. Trotzdem die Kollegen dort aussetzen, gibt die Firma Hausarbeit in uneingeschränktem Maße aus. Den Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu: Pflügt keine „Bettlerwirtschaft“ mit euren Unternehmern, sondern tretet alle unserer Organisation bei und stellt euch geschlossen hinter euren Betriebsrat. Nur so kann diesen Missständen endlich einmal abgeholfen werden.

Konstanz. In unserer Jahreshauptversammlung wurde der Geschäftsbericht erstattet, an den sich eine scharfe Diskussion anschloß, die sich in der Hauptsache gegen das letzte Lohnabkommen richtete. Konstanz befindet sich noch immer in Ortschaft 3. Der Zustrom von Ausländern in die Grenzstadt Konstanz läßt uns Arbeiter nur noch die Brotkrinde übrig zum Essen. Entsprechend der hiesigen Verhältnisse gehören wir unbedingt nach Ortschaft 1 entlohn. Die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen geht dahin, unsere Verbandsleitung möge auch mal an die schwarze Ecke Konstanz denken. Die Neuwahl der Verwaltung nahm viel Zeit in Anspruch und die Wahl des Vorsitzenden mußte zurückgestellt werden bis zur nächsten Mitgliederversammlung. Zweiter Vorsitzender wurde Zollner, Kassierer Nieprach, Schriftführer Müller, Beisitzer Bergmann und Krehmer, Revisoren Stump und Krehmer. Dem scheidenden Kassierer Schäfer wurde der Dank der Zahlstelle ausgesprochen, ebenso dem ersten Vorsitzenden Zollner.

Rundschau.

Der Wirtschaftskrieg geht in zunehmender Verschärfung der Kampfmethoden weiter und äußert seine Wirkungen nicht nur in dem am schwersten betroffenen Ruhrrevier, sondern auch in die kleinste Privatwirtschaft des unbefestigten Gebietes hinein. Eine der schlimmsten Folgen ist die rapide Entwertung der deutschen Mark, die wiederum in sprunghaften Steigerungen aller Lebensmittel- und Warenpreise zum Ausdruck kommt. Von zwei Seiten her zeigt sich von Tag zu Tag wachsender Druck auf die wirtschaftliche Lage der breiten Volksschichten Deutschlands. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter ist in den letzten beiden Wochen fast auf der ganzen Linie eine erschreckende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen. Steigende Arbeitslosigkeit in Verbindung mit rasch wachsender Teuerung bildet die größte Gefahr für den sozialen Frieden. Die Regierung trägt sich, wie man hört, mit dem Gedanken, den weiteren Verfall der Mark durch eine Verschärfung der Bestimmungen über den Handel mit ausländischen

Zahlungsmitteln entgegenzutreten. Der Erfolg einer solchen Maßnahme muß jedoch nach den Erfahrungen, die man mit der Devisenverordnung gemacht hat, sehr zweifelhaft erscheinen, zumal die Bewertung der Mark an den ausländischen Börsen von Deutschland in keiner Weise beeinflusst werden kann. In den letzten Tagen hat außerdem der englisch-französische Gegensatz beinahe zum völligen Bruch geführt. Dieses Ereignis ist im gegenwärtigen Moment für Deutschland kaum als günstig anzusehen, denn es lenkt die englischen Interessen noch mehr als bisher auf die Orientfrage. Wir stehen im Kampf um die Freiheit unserer Wirtschaft völlig isoliert.

Die psychologische Wirkung dieser Tatsache ist nicht zu unterschätzen. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Hoffnung, die man gerade in Arbeiterkreisen auf ein tatkräftiges Eingreifen der Amsterdamer Internationalen setzte, unerfüllt geblieben ist. Man ist auch dort über Worte nicht hinweggekommen. Das westeuropäische Proletariat steht noch zu sehr unter dem Druck der durch den Ausgang des Weltkrieges gefährdeten Kapitalisten und Imperialisten. Eine großzügige Aktion der französisch-belgischen Arbeiter gegen die Politik ihrer Regierungen ist deshalb kaum zu erwarten. Das Gefühl der Hoffart und die Sorge vor schwerer wirtschaftlicher Not hat in den letzten Tagen fast alle Kreise des deutschen Volkes zu einer panikartigen Flucht vor der Mark veranlaßt. Diese äußerte sich in stürmischer Nachfrage nach Börsenpapieren, insbesondere nach Auslandswerten, und in einer in solchem Umfange noch nie beobachteten Warenhamsteri. Die finanzkräftigeren Schichten konnten auf diese Weise ihren Besitz bis zu einem gewissen Grade vor der Markentwertung sichern und sich für schlimme Tage mit Vorräten eindecken. Die große Masse unseres Volkes jedoch steht den kommenden Zeiten mit ziemlich leeren Händen gegenüber. Es wird des ganzen Einflusses ruhiger und besonnener Elemente bedürfen, um die Aktionskraft der Arbeiterkraft nicht noch mehr zu gefährden. Wühlmäuse sind allerdings allenthalben am Werke. Mögen sie das Heil vom Bolschewismus oder vom Faschismus erwarten, ihr Treiben bedeutet auf alle Fälle eine große Gefahr für die Geschlossenheit der Arbeiterkraft.

Falsche Sparjamkeit. Die nachfolgenden durchaus beachtenswerten Ausführungen richtet das „Hamburger Echo“ an die einzelnen Verwaltungsstellen der Gewerkschaften:

„Die Entwicklung der Lebensverhältnisse hat auch das gesamte Personal im Druckgewerbe veranlaßt, fortgesetzt auf Erhöhung seiner Löhne hinzuwirken. Im Frieden stand die Gehilfenschaft mit an der Spitze der höchstbezahlten Qualitätsarbeiter, war in den Zwischenjahren jedoch in ihren Forderungen nicht so weit wie andere Berufsgruppen vorgegangen und hat auch jetzt noch nicht ihre ursprüngliche Stellung unter den höchstbezahlten Arbeitern wiedererlangen können. Da die Papierfabrikanten auch jede Preiserhöhungsmöglichkeit in vollem Maße wahrnehmen, so hat das Papier in allen Sorten, Zeitungspapier wie anderes, einen prozentual weit höheren Aufschlag gegen den Friedenspreis erreicht als die Löhne des Personals. Da nun auch die Farben durch die Verwendung von nur aus dem Auslande zu beziehenden Bindeln den vielfachen Friedenspreis heute haben, die Kohlen und der elektrische Strom zum Antrieb und zur Beheizung, die Maschinen und alles, was dazu gehört, die bekannten Höhen im Preise erreicht haben, so kann es eigentlich niemanden wundern, daß auch alle Druckmaschinenpreise in gleichem Ausmaße teurer werden mußten.“

Und doch finden sich selbst in wertaktigen Kreisen genügend Unwissende, die „die teuren Druckmaschinenpreise“ nicht fassen können. Es ist merkwürdig, daß in Gewerkschafts- und Vereinsversammlungen aller Art bei der Jahresrechnung die Posten „Druckmaschinen und Anzeigen“ als etwas ganz Besonderes herausgegriffen zu werden pflegen und ihre Höhe bemängelt, bestenfalls aber besonders betont wird. Als ob nicht auch alles andere in gleichem, ja vielleicht noch wesentlich höherem Maße gestiegen wäre! Zur Durchhaltung der gesamten Arbeiterkraft im Druckgewerbe muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die als gewerkschaftlich festgestellten Preise das darstellten, was zur ordnungsmäßigen Weiterführung der Druckereien gefordert werden muß. An der Richtigkeit dieser Preise ändern auch jene Fälle von Preisschleudereien in Druckfaden nichts, wie sie sich bei den täglichen kleinen Gebrauchsdruckfaden finden. Die „teuren

Druckmaschinenpreise“ müssen ebenso in Kauf genommen werden wie alle anderen Preiseerhöhungen, und gewaltsame Hintanhaltung des Verbrauchs von Druckfaden, wie sie leider vielfach zu verzeichnen ist, führt letzten Endes nur zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Druckgewerbe, das heute schon schwer genug um seine Leistungsfähigkeit zu kämpfen hat.“

Die Invaliden- und Altersrenten sind nach der Gesetzesänderung vom 21. Dezember im Höchstbetrage so zu bemessen, daß das Gesamtjahresentkommen des Empfängers einer solchen Rente 43 200 Mk., einer Witwenrente oder Witwerrente 34 200 Mk. und einer Waisenrente den Betrag von 19 200 Mk. erreicht. Bei Berechnung des Gesamtjahresentkommens wird nur die als Teuerungszulage gewährte Rentenberechnung angesetzt. Das Arbeitseinkommen der Renteneinpfänger bleibt dagegen bis zum Jahresentkommen von 36 000 Mk. außer Ansatz. Ferner sind bis zum Betrage von 9600 Mk. auf das Jahresentkommen nicht anzurechnende Bezüge auf Grund der Rüstungsverordnungen und ähnlicher Bestimmungen.

Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß diese Beträge inzwischen schon wieder längst überholt sind und dringend einer erheblichen Aufbesserung bedürfen.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1922 gingen weiter bis zum 5. Februar bei der Verbandskasse ein von: Döbenburg 24 000,— Mk., Rüstingen-Wilhelmshaven 3188,70 Mk., Uferleben 334 000,— Mk., Brandenburg 13 910,— Mk., Rathenow 100 300 Mk., Bielefeld 170 000 Mk., Detmold 16 000,— Mk., Süldesheim 5000,— Mk., Osnabrück 5681,60 Mk., Essen-Ruhr 110 000,— Mk., Rheim-Ruhr 11 000,— Mk., Remscheid 16 018,24 Mk., Solingen-Wald 12 600,— Mk., Koblenz 32 000,— Mk., Reunied 52 000,— Mk., Gießen-Wehlar 17 249,25 Mk., Grünstadt 33 000,— Mk., Reustadt a. d. S. 10 000,— Mk., Worms 2000,— Mk., Arnstadt 15 944,— Mk., Koburg 19 000,— Mk., Wühlhausen i. Thür. 34 000,— Mk., Nordhausen 10 374,60 Mk., Kauenstein 3266,— Mk., Annaberg-Buchholz 515 000,— Mk., Hainichen 5664,— Mk., Reichardt im Vogtl. 17 969,05 Mk., Freiburg i. Br. (S. und 4. Quartal) 50 500,— Mk., Sittquart 696 927,— Mk., Regensburg 38 830,15 Mk., Schweinfurt 20 000,— Mk., Quasburg 21 000,— Mk., München 423 484 Mk., Erfurt 96 933,50 Mk. Fr. Vender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. U. = Unterstützungszahler.
Arnstadt. B.: M. Rasmussen, Krappgartenstraße 211. K.: P. Uderlund, Hülsemannstr. 11.
Bremen. B.: E. Drögemüster, Teerhof 55. K.: W. Sohn, Bielefeld 46. U.: R. Dahmann, Wilhelmshavener Str. 1. Auszahlung: Mittwoch und Sonnabend 6-7 Uhr.
Deffau. B.: S. Stahn, Chaponstr. 13. K.: R. Feigeferte, Amalienstr. 66a.
Eisenach. B. u. K.: S. Heuermann, Amrastraße 37 II.
Gera. B.: D. Weidhans, Wittelsbacher Str. 20. K.: R. Köhlig, Gera-R., Zwölfen, Reimberger Straße 4.
Großhain i. S. B.: G. Gebhardt, Außere Dresdener Str. 14 II. K.: Marga Lehbach, Weißnerstraße 33. Alle Sendungen sind an den Bevollmächtigten zu richten.
Halle a. d. S. Alle Postsendungen sind an R. Hahndorf, Erdensfeldstr. 14 zu richten.
Koburg. B. u. K.: E. Reuß, Ketschengasse 23 III.
Konstanz. B.: A. Zollner, Wefenbergstr. 8. K.: Bruno Nieprach, Tägermoosstr. 17 III.
Mannheim-Cudwigschafen. B.: F. Geffers, Mannheim, Büßersgrundstr. 32. K.: D. Stödel, Schwelinger Str. 123, Seib. V.
Meißen. B.: E. Krüsen, Rosengasse 4. K.: M. Mittmeier, Kaiserstr. 19.
Mühlhausen. B.: G. Bauer, Wilhelmstr. 4. K.: Th. Krause, Gierstr. 16 ptr.
N.-Glabbech. B.: J. Bohnen, Konzenstr. 24. K.: J. Beders, Karmannstr. 20.
Neustadt a. d. H. B. u. K.: A. Hofmann, Gabelbergerstr. 17 III. Unterstützungszahlung: 1/5-5 Uhr.
Quedlinburg. B.: A. Schuster, Gögestr. 16. K.: R. Kühne, Bismarckstr. 3.
Rathenow. B.: J. Lutastewicz, Gr. Hagenstraße 8. K.: G. Pösch, am Turnplatz gegenüber Fabrik Kobach.
Regensburg. B.: J. Hagen, Engelburger Gasse 11 K.: S. Gärtner, Judenstein, bei Spenglermeister Brunner.
Stolp. B.: Otto Kisse, Fabrikstr. 8. K.: Albert Heyden, Wilhelmstr. 4.
Striegau. B.: P. Büttner, Uferbäuffer 3. K.: F. Schuminski, Ziganstr. 3.